

Legende zu Spalte „Ergebnis“:

A – Hinweis wird berücksichtigt

B – Hinweis wird teilweise berücksichtigt

C – Hinweis wird nicht berücksichtigt

D – Nicht relevanter Hinweis, zur Kenntnis genommen

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
I.1	Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern 19.05.2015	Kap. II.1.1 Seite 92	Sollte zu einem späteren Zeitpunkt nach Vorliegen der bisher fehlenden Fachgrundlagen die Stellnetzfisherei ggf. Gegenstand der Maßnahmenplanung werden, bitte ich um frühzeitige Beteiligung.	Das Vorhandensein von Stellnetzen wurde aufgrund bisher fehlender landesweiter Erkenntnisse nicht beurteilt. Dementsprechend wurden für die Stellnetzfisherei keine Maßnahmen abgeleitet. Sofern zukünftig Maßnahmen geplant sind, erfolgt eine frühzeitige Beteiligung.	D
I.2		Kap. I.1.2.1 und I.1.2.3	In meiner E-Mail vom 31.03.2014 an StALU WM /Herr Strache hatte ich auf einige kleinere Ungenauigkeiten im damaligen Entwurf hingewiesen. Diese sind offenbar noch nicht berücksichtigt worden; ich schlage daher eine Korrektur dieser Punkte vor (S. 20 ff., Tab. 2: Auch Pachtgewässer von Angelvereinen haben selbstverständlich einen Fischereiberechtigten, nämlich den Pächter (§ 4 LFischG M-V); S. 39: Das LALLF gibt bereits seit 1.1.2014 keine "Touristenfischereischeine" mehr aus).	Die angezeigten Hinweise wurden bei der Überarbeitung der naturschutzfachlichen Grundlagen (Teil I der Managementplanung) versehendlich nicht eingearbeitet. Dies wird nunmehr nachgeholt.	A
I.3		Kap.	Zu den Maßnahmen auf S. 106, 107, 111 mit Regelung	Die Maßnahmen beziehen sich nicht auf die Ausübung	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
		II.2.1.1 Seite 105	gen/ Beschränkungen des Befahrens von Wasserflächen, Röhricht etc. bitte ich um Ergänzung des Textes hinsichtlich einer Klarstellung betr. Zulässigkeit des Befahrens im Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Ausübung der Berufsfischerei. Diese wurde auf S. 94 als verträglich bewertet.	der ordnungsgemäßen Berufsfischerei, die als verträglich bewertet wurde. Im Text erfolgt eine entsprechende Klarstellung.	
II.1	Landeshauptstadt Schwerin 21.05.2015		In der Anlage fehlt der für diese Planung verwendete Teil der Anlage 13 zum Fachleitfaden für Managementpläne (MaP) in M-V. Da diese Anlage die wesentlichen Vorgaben der Obersten Naturschutzbehörde MV zur Ermittlung der Habitate, Beeinträchtigungen und der Erhaltungszustände der untersuchten Zielarten liefert, ist diese Unterlage zum Verständnis des Managementplanes essentiell und muss aus meiner Sicht zwingend in die Anlage dieses Planes aufgenommen werden.	Die „Leistungsbeschreibung zur Abgrenzung und Bewertung der Habitate von Vogelarten in den Europäischen Vogelschutzgebieten“ ist gemäß Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ (FLF) nicht Bestandteil der Anlagen (vgl. Arbeitsschritt 23). Dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (LU) wird empfohlen, die Anlage 13 zum Fachleitfaden zu veröffentlichen.	D
II.2		Kap. II.1.5.2	Auf Seite 102 sollte auch der Leitfaden für FFH-VP auf Bundeswasserstraßen (2008) erwähnt werden.	Die Aufzählung, die dem FLF entnommen wurde, wird um den genannten Leitfaden ergänzt.	A
II.3		Kap. II.1.5.2	Im Kapitel II.1.5.2 fehlt der Hinweis auf die Forderung des OVG Greifswald (Urteil 17.3.2014 zum Schlossbuchtanleger Schwerin), dass auch die indirekten Beeinträchtigungen zu prüfen sind.	Der entsprechende Passus im FLF wurde versehentlich nur unvollständig widergegeben und wird ergänzt.	A
II.3		Kap. II.2.2 Seite 117 und Tab. 21	Die Maßnahmenvorschläge zum Erstellen von Informationsmaterial erscheinen zu wenig konkret, der finanzielle Umfang dieser Maßnahmen zu gering (25 T€) für das gesamte Gebiet und in der ausschließlichen Adressierung an das StALU WM unzureichend. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akzeptanzförderung des Planes und der anschließenden Maßnahmen-Umsetzungsschritte sehe ich hier erhebliche Defizite. Für die UNB sehe ich derzeit, keine Möglichkeiten für öffentlichkeitsrelevanten	Die zuwendungsfähigen Leistungen ergeben sich aus der Richtlinie zur Förderung von Managementplänen in Natura 2000 Gebiete. Zum besseren Verständnis werden im Kap. II.2.2 die begleitenden Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Informationsmaterial) ergänzt. Gemäß der Richtlinie zur Förderung von Managementplänen (FöRiMan) beträgt die Höhe der Zuwendungen für die Erstellung von Informationsmaterial für die	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			te Maßnahmen nach Empfehlung des MaP Förderge- lder erfolgreich zu beantragen. Warum werden in die- sem MaP keine weiterführenden Maßnahmen zur Ers- tellung von Informationsmaterial und Material für die Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagen, so wie es z.B. der Leitfaden zur Finanzierung von Natura 2000 der EU Kommission (GD Umwelt) tut? Warum wurde dieser Themenkomplex in keiner AG-Beratung in Cambs thematisiert	Öffentlichkeitsarbeit bis zu 25.000 Euro. Dieser Betrag wurde berücksichtigt. Da es sich bei der Finanzierung mit Mitteln des ELER nicht um eine „Förderung“ im klassischen Sinne han- delt, sondern um eine Kostenerstattung (Zuweisung) für erbrachte Leistungen im Auftrag des Landes, ist als Adressat das StALU Westmecklenburg aufgeführt.	
II.4			Die bisher fehlende Option, der öffentlichen Vorstel- lung des Entwurfs der Endfassung <u>mit anschließender</u> <u>Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme aller</u> <u>Interessierten</u> innerhalb von 4-6 Wochen, wird auf erhebliche Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit stoßen. In Baden-Württemberg wird diese Möglichkeit vor Veröffentlichung der Endfassung jedes MaP einge- räumt. Hier sollte dringend dem Beispiel aus B.-W. gefolgt werden. Die ausschließliche Beteiligung der betroffenen Behörden am 20.5.15 reicht nicht aus	Der FLF als verbindliche inhaltliche Grundlage für die Managementplanung sieht formelles Beteiligungsver- fahren ist nicht vor. In diesem speziellen Fall hat sich der Auftraggeber jedoch entschieden, den Betroffenen auch nach der öffentlichen Informationsveranstaltung die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme ein- zuräumen. Diese Verfahrensweise wurde auf der In- formationsveranstaltung zum Abschluss des Planungs- prozesses sowie auf der Homepage verkündet.	B
II.5		Kap. II.1.2 und Kap. II.2.2 Tab. 21	Auf den Seiten 98 und 118ff muss die Empfehlung (Forderung?!) zur Abstandhaltung von der äußeren Röhrichkante (...zu dichtes Vorbeifahren) konkreti- siert werden. Mindestens sollte auf die, aus der Habita- tabgrenzung einiger Zielarten abgeleiteten, 30m hin- gewiesen werden. Als Adressat für die Umsetzung dieser Maßnahme sind bisher nur die UNB genannt. Hier sollte auch die Wasserschutzpolizei ergänzt wer- den, die vor Ort deutlich präsenter und aktiver ist als die UNB.	Ein konkreter Abstand zu Arthabitaten wurde bisher nicht benannt, da mit den Betroffenen kein Konsens erreicht werden konnte. Entsprechend der Empfehlung der begleitenden Arbeitsgruppe wird ein einzuhaltender Mindestabstand von 30 m angegeben. Für den Vollzug von § 33 BNatSchG ist unmittelbar die untere Naturschutzbehörde zuständig. Die Wasser- schutzpolizei ist im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufga- ben für die Einhaltung der Binnenschiffahrtvorschrif- ten zuständig. Daher wird die Wasserschutzpolizei hier nicht aufgeführt.	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
II.6		Kap. II.1.2	Die Hinweise zu den Feuerwerken sind völlig unzureichend. Warum wurden keine Empfehlungen zu räumlich und zeitlich gestaffelten Entscheidungsoptionen entwickelt? Warum wurde das frühzeitig übermittelte Beispiel „Merkblatt Feuerwerkzonen Ammersee 2011“ nicht für eine angepasste Maßnahme - Empfehlung genutzt? Hier werden die UNB nicht ausreichend unterstützt. Der Hinweis auf bestehende Empfehlungen des LUNG ist völlig unzureichend.	Im Rahmen des Managementplanes kann kein Konzept zu räumlich und zeitlich gestaffelten Entscheidungsoptionen entwickelt werden. Jedoch werden die Hinweise zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Höhenfeuerwerken unter Berücksichtigung des unter den unteren Naturschutzbehörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern weitgehend abgestimmte „Handlungsleitfaden Feuerwerke“ ergänzt.	A
II.7		Kap. II.3.4 Tab. 23	Die Hinweise auf die Finanzierungsinstrumente für Maßnahmen zur Förderung des Wachtelkönigbestandes sind veraltet und fachlich unzureichend. An dieser Stelle müssen bitte aktuell gültige Fördermöglichkeiten oder realistische Alternativen aufgelistet werden.	Die aufgeführten Finanzierungsinstrumente entsprechen den Angaben im Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ und beziehen sich auf die Förderperiode 2007 bis 2013.	C
II.8		Kap. II.2.2 Tab. 21	Auf Seite 147 sollte die Wasserschutzpolizei als Adressat für die Durchsetzung der Verhaltensregeln für Wassermotorräder ergänzt werden.	Da es sich bei dieser Maßnahme um den Vollzug von Regelungen nach anderen Rechtsvorschriften handelt, wird als Umsetzungsinstrument R8 und als Adressat die zuständige Behörde (hier Wasserschutzpolizei) eingetragen. Das Wort „Durchsetzung“ wird in „Einhaltung“ geändert.	A
II.9		Kap. II.2.2 Tab. 21	Weitere Adressaten und Finanzierungsinstrumente für auf den Seiten 147-148 genannten Maßnahmen (Bodenprädatoren, Schilfförderung, Wasserskistrecke) müssen noch benannt werden.	Die Maßnahmen ergeben sich nicht direkt aus den landesweiten Vorgaben für die Bewertung der Arthabitate. Aus dem Auditorium kann jedoch der Wunsch, diese Maßnahmen mit aufzunehmen. Allerdings kann nicht in allen Fällen ein Adressat und Finanzierungsinstrument benannt werden. Soweit möglich, werden die Spalteneinträge ergänzt.	A
II.10		Kap. II.2.2 Seiten 153 ff	Für die auf den Seiten 153 - 157 genannten Maßnahmen im Bereich des Schweriner Innensee (Störungsarmut und Wasservogeljagd) hat die UNB keine formale Zuständigkeit. Hier müssten vielmehr die Jagdbehörde und das WSA genannt werden	Die Maßnahme „Erhalt der Störungsarmut“ bezieht sich auf den Vollzug von § 33 BNatSchG bei der Beantragung bzw. Anzeige von Projekte. Für die Umsetzung ist unmittelbar die uNB zuständig.	C

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			nahmen „keine Neuanlage oder Ausbau von Wegen“ und „keine Schaffung neuer Liegeplätze“ auf das Gebiet Schweriner Innen- und Außensee bezogen, werfen Fragen auf.	sich somit häufig. Dennoch handelt es sich nicht um pauschale Maßnahmen. Die Formulierung „keine Schaffung neuer Liegeplätze“ wird in „keine Schaffung neuer Liegestellen“ geändert. Hiermit wird deutlich, dass es sich um das Ankern und Liegen vor Arthabiten handelt.	
II.13		Kap. II.2.2	Der Entwurf des Managementplanes lässt aus Sicht der Landeshauptstadt Schwerin keinerlei Rückschlüsse zu, ob bereits auf Umweltverträglichkeit geprüfte Maßnahmen unter die Verbote und Beschränkungen der Brutvogelhabitatmaßnahmen fallen oder nicht. Die Auflistung der Vorhaben in Anhang III.7 und III.8 beinhalten zudem keine eindeutigen Aussagen, ob diese bei der Bewertung des Habitatzustandes bereits berücksichtigt wurden.	Sofern Projekte auch auf die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des Europäischen Vogelschutzgebietes geprüft wurden und erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden konnten, können diese umgesetzt werden. Die Bewertung der Habitate erfolgt entsprechend dem FLF auf der Grundlage der aktuellen Nutzungen (Stand 2013). Noch nicht realisierte Projekte werden hierbei nicht berücksichtigt.	C
II.14		Kap. II.2.2	Ebenfalls nicht eindeutig ist, ob es sich bei dem Umsetzungsinstrument R6 um eine Grundlage zur Entscheidung der Genehmigung von Bauvorhaben handelt oder tatsächlich zur strikten Durchsetzung der o.g. pauschalen Schutzmaßnahmen dienen soll.	Das Umsetzungsinstrument R6 ist im Kap. II.3 erläutert. Hieraus geht hervor, dass es sich hierbei um eine Grundlage zur Entscheidungsfindung handelt, die an die untere Naturschutzbehörde als für den Vollzug von § 33 BNatSchG zuständige Behörde richtet ist.	C
II.15		Kap. II.2.2	Aufgrund dessen bitte ich um eine verbindliche Zusage, dass die im Anhang III.7 und III.8 genannten geplanten Vorhaben nicht unter die in Tabelle 21 genannten Schutzmaßnahmen fallen und ebenfalls die Vorhaben aus der Machbarkeitsstudie Radfern- und Radrundwege vorbehaltlich der Auflagen aus den Genehmigungsverfahren gesichert für eine Realisierung sind.	Im Managementplan werden grundsätzlich keine verbindlichen Zusagen hinsichtlich der Verträglichkeit geplanter Vorhaben getroffen. Die Machbarkeitsstudie zur Optimierung des Radfern- und Radrundwegenetzes der Landeshauptstadt Schwerin (Stand: Februar 2015) war zum Zeitpunkt der Erstellung der Anhänge II.7 und III.8 nicht bekannt.	C
II.16	Landeshauptstadt Schwerin 19.08.2015		Bereits im Vorfeld der dritten öffentlichen Informationsveranstaltung am 08. Juli 2015 hatte die Landeshauptstadt Schwerin Bedenken dahingehend geäußert,	Siehe II.12 bis II.14.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>dass der Entwurf des Managementplanes aus unserer Sicht eine Vielzahl von Beschränkungen und Formulierungen enthält, die teilweise nicht nachvollziehbar sind und/ oder zu unbestimmt erscheinen. Wir haben große Befürchtungen, dass später in den jeweiligen Einzelfallprüfungen Belange herangezogen werden können, die dann eine Reihe infrastruktureller Vorhaben im Ergebnis verhindern. Das gilt insbesondere für die Maßnahmen, die Gegenstand einer bereits durchgeführten FFH-Verträglichkeitsstudie waren und für die Umsetzung weiterer Vorhaben, für die es bereits umsetzungsreife, konzeptionelle Grundlagen gibt (z. B. Machbarkeitsstudie Radfern- und Radrundwege).</p> <p>Diese Bedenken konnten bisher nicht ausgeräumt werden. Daher möchte ich auf die Stellungnahmen der IHK zu Schwerin vom 31.07.2015 und des PRO Schwerin e. V. vom 19.08.2015 verweisen und erkläre hiermit, dass die Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Wirtschaft und Tourismus, sich inhaltlich den genannten Hinweisen und Punkten anschließt und ebenfalls die Bitte bekräftigt, diese im weiteren Prozess zu berücksichtigen. Dazu hat es einen intensiven Abstimmungsprozess mit den Betroffenen gegeben, der hierbei unbedingt Beachtung finden sollte.</p> <p>Sollte die Möglichkeit gegeben sein, bin ich sehr gerne zu einem persönlichen Gespräch bereit.</p>		
III.1	Christian Nagel 08.07.2015	Karten 3a und 3b	Nach Sichtung des heute in Cambs vorgestellten und mir dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Kartenmaterials und der geplanten Maßnahmen für Brutvogelhabitate übersende ich Ihnen im Anhang einen	Die Überprüfung der habitatrelevanten Biotope erfolgte im Jahr 2013 auf der Grundlage der „Anleitung für die Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen in Mecklenburg-Vorpommern“ (LUNG, März	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Kartenauszug. In diesem Auszug habe ich die mir vorerst aufgefallenen Fehlannahmen vermerkt. Dies ist vor allem die Bezeichnung von Flächen als Grünland bzw. Wald statt als Ackerland. Diese Ackerflächen werden im Agrarantrag als „Ackerland aus der Produktion genommen“ bzw. seit 2015 als „ökologische Vorrangfläche“ bezeichnet. Des Weiteren habe ich die Flächen markiert, die kein Wald sondern Heckenstrukturen sind bzw. wo nicht durchgehend Wald ist. Hiermit beantrage ich die Richtigstellung der o.g. Punkte im Managementplan bzw. dem Kartenmaterial.	2010). Hiernach werden Saatgrasland und brachliegende Flächen mit < 50 % Hochstauden dem Grünland zugeordnet. Eine weitergehende Untergliederung ist im Managementplan (Karte 1a Aktueller Zustand, Planungen) nicht erfolgt. In der Karte 1a erfolgt nunmehr eine Differenzierung in „Grünland auf Feldblock Grünland und außerhalb von Feldblöcken“ und „grünlandähnliche Strukturen auf Feldblock Acker“. Hieraus ergibt ebenfalls eine Anpassung der Maßnahmen.	
III.2	Christian Nagel 27.07.2015	Karte 1a	Nach Durchsicht der veröffentlichten Unterlagen zum Managementplan Schweriner See sind mir noch weitere Fehlannahmen meine Flächen betreffend aufgefallen. Diese betreffen den Plan „Karte 1a aktuelle Nutzung, Planungen 1“. Ich habe die falsch angenommenen Nutzungsarten auf zwei dieser e-Mail angehängten Kartenausschnitten beschriftet und bitte um Richtigstellung in der Karte und darauf beruhender weiterer Erarbeitungen.	Siehe III.1	A
IV.1	Stefan Hollstein 21.07.2015	Karte 1a	Bzgl. der Erarbeitung des Datenmaterials und der Darstellung der Karten möchten wir Einspruch erheben und u.a. folgende Eingabe tätigen: Bei der Maßnahme 0266-Sr (siehe Foto) handelt es sich nicht, wie dargestellt, um Grünland, sondern um Ackerland, das seit einigen Jahren auch wieder mit Feldfrüchten bestellt wird. Bei der Aufnahme des Datenmaterials wurde die damalige Stilllegung fälschlicherweise als Grünland aufgeführt.	Die Überprüfung der habitatrelevanten Biotope erfolgte im Jahr 2013 auf der Grundlage der „Anleitung für die Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen in Mecklenburg-Vorpommern“ (LUNG, März 2010). Hiernach werden Saatgrasland und brachliegende Flächen mit < 50 % Hochstauden dem Grünland zugeordnet. Eine weitergehende Untergliederung ist im Managementplan (Karte 1a Aktueller Zustand, Planungen) nicht erfolgt. In der Karte 1a erfolgt nunmehr eine Differenzierung in „Grünland auf Feldblock Grünland und außerhalb	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
				von Feldblöcken“ und „grünlandähnliche Strukturen auf Feldblock Acker“. Hieraus ergibt ebenfalls eine Anpassung der Maßnahmen.	
V.1	Landesjagdverband Mecklenburg- Vorpommern e.V. 22.07.2015	Kap. 0.	Die vorgesehenen jagdlichen Verbote und Einschränkungen sind für uns nicht nachvollziehbar und wurden nicht wie auf Seite 8 des Managementplanes ausgeführt, mit den Beteiligten und Akteuren (in diesem Falle wären es die Jäger gewesen) diskutiert und abgestimmt.	Die Maßnahmen wurden den Teilnehmern der Arbeitsgruppen vorgestellt, unter denen sich auch Jagdausübungsberechtigte befanden. Die wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme wurde mit Herrn Mecklenburg (Hegering Bad Kleinen) telefonisch besprochen.	D
V.2		Kap. II. Tab. 22	<p>Weiterhin heißt es im Managementplan zum Einen, dass die gegenwärtige Jagdausübung tolerierbar wäre, auf den Seiten 150/ 151 steht wiederum als Maßnahmenbeschreibung: „keine Wasservogeljagd an Schlafgewässern bis 400 m Entfernung“ – ein Widerspruch der erklärt werden sollte.</p> <p>Bislang betrifft die „Schlafgewässerregelung“ nur die Jagd auf Wildgänse, die von den Jägern eingehalten wird.</p> <p>Die gegenwärtige Jagdausübung, insbesondere die Jagd auf Schwarz- und Raubwild, verursacht gerade im 400m Bereich vergleichsweise die gleiche Störung wie die gelegentliche Jagd auf eine Wildente. Konsequenter Weise müsste die Prädatorenjagd ebenfalls eingestellt werden – mit Sicherheit das Aus für den Wasservogelbestand und die Bodenbrüter. Der Druck der durch Prädatoren ausgeübt wird ist sicherlich höher einzustufen als die Erlegung einer Ente.</p> <p>Somit erschließen sich uns die vorgesehenen Maßnahmen nicht und weitere Verbote und Beschränkungen sind für die Jägerschaft nicht tolerierbar.</p>	<p>Gemäß Jagdzeitenverordnung ist sowohl die Jagd auf jagdbare Wildgänse auf ausgewählten Gewässern und im 400-Meter-Abstand von deren Ufer als auch die Ausübung der Jagd auf Wasserwild mittels Bleischrot auf Gewässern und im 400-Meter-Abstand von deren Ufer verboten. Die Erhaltungsmaßnahmen werden dementsprechend geändert.</p> <p>Die Erhaltungsmaßnahmen beziehen sich auf den Erhalt der Störungsarmut in den Rastvogelhabitaten. Einen Rückschluss auf die Einstellung der Jagd auf Bodenprädatoren in den Bruthabitaten zur Brutzeit kann nicht hergestellt werden.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
VI.1	Francis Freiherr von Türkheim-Böhl 28.07.2015	Kap. II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 203, 208,220, 236, 222 Ackeraufforstung: Diese sollten grundsätzlich nicht untersagt werden, da sie der ökologischen Vielfalt dient. Dort, wo landwirtschaftliche Nutzung aus verschiedenen Gründen keinen Nutzen mehr ergibt, sollte man die Möglichkeit erhalten, standortgerechte Erstaufforstungen durchführen zu können. Diese Aufforstungen würden, wenn überhaupt, nur in Randbereichen stattfinden und sind derzeit nicht geplant.	Eine Erstaufforstung ist nicht grundsätzlich untersagt. Jedoch ist gemäß § 34 BNatSchG die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des Europäischen Vogelschutzgebietes zu prüfen. Zur Klarstellung wird die Erhaltungsmaßnahme wie folgt geändert: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch Erstaufforstung von Ackerflächen (§ 34 BNatSchG)“	A
VI.2		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 203, 208, 220, 222, 236, Der Begriff „störungsarme Ackerfläche“ muss so definiert werden, dass der derzeit stattfindende konventionelle Ackerbau klar als „störungsarm“ deklariert wird, schließlich halten sich die Zielarten trotz der derzeitigen konventionellen Nutzung dort auf.	Im Managementplan wird klargestellt, dass die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft im Sinne des § 5 Abs. 2 BNatSchG der Störungsarmut entspricht.	A
VI.3		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 310, 318-321 Umbau zu Nadelholzreinbeständen: Betrachtet man die Prognosen zum Klimawandel, wird es voraussichtlich zukünftig unumgänglich, auf Grund der zunehmenden Erwärmung und Rückgang der Niederschlagsmengen, Nadelholz in Form von Douglasien und verschiedenen Tannen pflanzen zu müssen. Wie und in welcher Zusammenstellung, ob als Laub-, Nadelmischkultur oder als Reinbestand, wird sich aus den zukünftigen Standortfaktoren ergeben.	Prognosen zum Klimawandel können in der Managementplanung nicht berücksichtigt werden. Sofern sich zukünftig aufgrund von klimatischen Veränderungen Änderungen bezüglich der relevanten Vogelarten ergeben, ist hierauf im Rahmen der Fortschreibung des Managementplanes zu reagieren.	D
VI.4		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 191, 310,318-321,332 Entwässerung: Vorhandene Gräben müssen von Schlagabraum und Streu regelmäßig geräumt werden dürfen, um die Waldbestände nachhaltig bewirtschaften zu können, von Entwässerung ist hier nicht zu reden.	Die Erhaltungsmaßnahme bezieht sich auf die Bruthabitate des Kranichs. Dies geht aus der Maßnahmenbeschreibung (Kap. II.2.1.1, S. 112) hervor. Eine regelmäßige Beräumung vorhandener Gräben von Schlagabraum und Streu ist auch weiterhin möglich.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
VI.5		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 120: Am Rande des Solls verläuft ein Vorfluter, der stets gepflegt werden muss.	Eine ordnungsgemäße Unterhaltung des Grabens ist auch weiterhin möglich, sofern hiermit keine Absenkung des Wasserstandes im Soll verbunden ist.	D
VI.6		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 113, 114, 115, 120, 123, 124, 191, 220, 222, 310, 318-321, 332, 236 Wegeneubau oder Ausbau von Wegen: Wegeneubauten sind nicht geplant, aber der Ausbau und die Wegeunterhaltung muss zukünftig möglich sein, da niemand beurteilen kann, welcher Belastung die Wege einmal standhalten müssen, wenn sich die Logistikbedingungen verändern. Der Begriff Ausbau ist sehr schwammig, Wegeunterhaltung stört den Kranich aber im Brutverhalten nicht. Es handelt sich bei uns ausschließlich um Wege, die sehr schwach frequentiert sind und höchstens von Holzwerbern und Pilzsammlern genutzt werden. Sie werden nicht durch Spaziergänger genutzt, da es sich um Sackgassen handelt, somit findet keine Störung statt.	Unter Ausbau eines Weges wird die wesentliche Erweiterung der Nutzbarkeit eines schon vorhandenen Weges verstanden. Hierbei kann es sich um: <ul style="list-style-type: none"> eine Verbesserungen der horizontalen und vertikalen Linienführung und/ oder der Querschnitts- und Böschungsverhältnisse oder wenn ein ausreichender Querschnitt vorhanden ist, eine wesentliche Veränderung des Oberbaus (z.B. eine Veränderung der Deckschicht von einer ungebundenen zu einer gebundenen) handeln (Quelle: Landesforst M-V (2004): Forstlicher Wegebau). Im Kap. II.2.1.1 erfolgt ein entsprechender Hinweis. Die Maßnahme wird wie folgt geändert: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch den Neubau von Wegen oder Ausbau vorhandener Wege (§ 34 BNatSchG).“	A
VI.7		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 292, 299, 301, 306, 310, 318-321, 332, 336, 339 Höhlenbäume und Totholz: Höhlenbäume sind gesetzesmäßig geschützt, ein Freistellen von ihnen kann durchaus aber auch positive, durch veränderte Lichtverhältnisse, Auswirkungen haben. Das Belassen von stehendem und liegendem Totholz geschieht schon durch unsere mehr und mehr intensivere Wirtschaftsweise und dies flächendeckend, hier muss man nicht noch zusätzlich reglementieren.	Gemäß der zwischen der Obersten Naturschutzbehörde und der Obersten Forstbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern abgestimmten Waldbehandlungsgrundsätze für Vogelarten stellt das abrupte Freistellen von Schwarzspecht-Höhlenbäumen eine erhebliche Beeinträchtigung dar. Für den Mittelspecht ist in den Waldbehandlungsgrundsätzen eine entsprechende Beeinträchtigung nicht aufgeführt. Daher entfällt diese Erhaltungsmaßnahme, sofern ausschließlich der Mittelspecht als Schutzobjekt benannt wird (lfd. Nr. 0303_1,	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Der entfallende Umsatz durch z.B. Stehenlassen hieb-reifer Buchen um den Höhlenbaum müsste finanziell ersetzt werden.	0304_1).	
VI.8		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 343 Diese Fläche wurde vor 3-4 Jahren bereits stark einge-schlagen, eingegattert und mit Buchen unterbaut, so dass die Aufforstung von Schneisen und Lichtungen bereits stattgefunden hat. Eine wirtschaftliche Nutzung der ganzen Fläche darf nicht verhindert werden. Wer würde den späteren Nutzungsausfall ansonsten ersetzen?	Eine klassische Bewirtschaftung mit Kahlschlägen in den lichten, trockenen Kiefernwäldern entspricht den Ansprüchen der Heidelerche, da durch die wiederkeh-rende Schaffung von Offenland die Habitatflächen erhalten werden. Hierauf ist die Erhaltungsmaßnahme gerichtet. Die bisher ggf. missverständliche Formulie-rung wird im Managementplan geändert.	D
VI.9		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 263, 264, 265 Wer ist für das Nachpflanzen zuständig?	Das Nachpflanzen ausgefallener Bäume kann nicht dem Eigentümer bzw. Bewirtschafter auferlegt werden. Daher wird diese Erhaltungsmaßnahme nunmehr als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme aufgeführt.	A
VI.10		II.2.2 Tab. 21	Lfd. Nr. 275, 276 Die Mahd nicht vor dem 15. Juli, das Vorschreiben der extensiven Wirtschaftsweise, sowie das Belassen von Mährefugien bedeutet einen starken Eingriff in die landwirtschaftliche Nutzung! Diese Nachteile müssen finanziell ausgeglichen werden. Wer pflanzt Büsche, etc.?	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In der Ta-belle 23 ist hierfür bereits ein jährlicher Finanzbedarf dargestellt, der sich an die ehemalige Förderrichtlinie zur naturschutzgerechten Grünlandnutzung orientiert.	D
VI.11			Jagd allgemein: Eine Jagd auf Wasservögel muss weiterhin erlaubt sein. Die Jagd auf Stockenten z.B. auf dem abendlichen Entenstrich oder auch die Jagd auf Graugänse in unse-rem Besitz stört die Zielarten nicht und darf von daher nicht untersagt werden, auch wenn diese Möglichkeit der Jagd nicht sehr intensiv betrieben wird. Das Lan-desjagdgesetz erlaubt die Bejagung. Es wird nicht klar dargestellt, inwiefern die Jagd auf	Gemäß Jagdzeitenverordnung ist sowohl die Jagd auf jagdbare Wildgänse auf ausgewählten Gewässern und im 400-Meter-Abstand von deren Ufer als auch die Ausübung der Jagd auf Wasserwild mittels Bleischrot auf Gewässern und im 400-Meter-Abstand von deren Ufer verboten. Die Erhaltungsmaßnahmen werden dementsprechend geändert. Die Erhaltungsmaßnahmen beziehen sich auf den Er-	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>Wasserwild untersagt werden soll.</p> <p>Die Jagd darf nicht als „Störung“ in Bezug auf „stö- rungsarme Habitate“ betrachtet werden. Es muss wei- terhin eine ganzflächige Jagd möglich sein. Der Jäger als Naturschützer achtet selbstverständlich Horstschutzzone und stört keinen Adler o.ä. in der Brutzeit. Die Jagd auf Wildschweine und Prädatoren ist elementar, damit z.B. Bodenbrüter zum Bruterfolg kommen und die Gelege nicht bereits vorher geplün- dert werden.</p>	<p>halt der Störungsarmut in den Rastvogelhabitaten. Ei- nen Rückschluss auf die Einstellung der Jagd auf Bo- denprädatoren in den Bruthabitaten zur Brutzeit kann nicht hergestellt werden. Die Jagd entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Regelungen (BJagdG, Jagd- zeitV, LJagdG M-V, JagdZVO M-V) ist auch weiterhin möglich.</p>	
VII.1	Roland Jeschke 28.07.2015	Kap. II.2.2	<p>Auf der Veranstaltung am 08.07.15 wurden in der Prä- sentation von „Natur + Text“ unter Punkt 4 wün- schenswerte Maßnahmen zur positiven Beeinflussung der Brutvogelhabitate vorgestellt (Folie 44).</p> <p>In den letzten 4 Punkten bzw. Unterpunkten werden folgende Maßnahmen genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Machbarkeitsstudie zur Schilfförderung - Prüfung auf Verlegung der Wasserskistrecke im Ziegelaußensee - Bejagung von Bodenprädatoren - Bekämpfung der Bisamratte <p>Leider habe ich im Managementplan von diesen 4 Punkten lediglich die ersten beiden auf Seite 116 fin- den können.</p> <p>Falls die letzten beiden Punkte nicht an einer anderen Stelle des Planes enthalten sind, bitte ich diese unbe- dingt entsprechend der Vorstellung von Natur+Text aufzunehmen.</p>	<p>Eine Bejagung von Bodenprädatoren ist im Manage- mentplan nicht direkt benannt. In der gebietsübergrei- fenden Maßnahme zum Schutz der Röhrichthabitate ist die Prüfung der Rolle von Bodenprädatoren und Mög- lichkeiten zu deren Kontrolle (Tab. 21 S. 154) enthal- ten. Da diese Maßnahme grundsätzlich auch auf ein Management von Bodenprädatoren ausgerichtet ist, ist keine Anpassung erforderlich.</p> <p>Auch eine Bekämpfung der Bisamratte wird im Mana- gementplan nicht direkt als Maßnahme aufgeführt. Jedoch wird auf S.115 als eine Ursache für den Röh- richrückgang die Bisamratte aufgeführt.</p>	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
VII.2			Den Punkt „Bejagung von Bodenprädatoren“ bitte ich laut Protokoll der Diskussion (Nr. 8) in jedem Fall durch den Begriff „Prädatorenmanagement“ zu ersetzen, weil dieser weiter gefasst ist und nicht nur die Jagd beinhaltet.	Siehe VII.1	D
VII.3		Kap. II.2.2	Zudem bitte ich den bereits auf einer der vorangegangenen Veranstaltungen und nochmals am 08.07.2015 von mir eingebrachten Vorschlag eines Inselkonzeptes aufzunehmen. Als Beispiel hatte ich den Rethberg genannt, der über einen großflächigen, Bodenprädatoren kaum zugänglichen Flachwasserbereich verfügt. Leider ist dieser stark windexponiert, wodurch seine ökologische Attraktivität deutlich beeinträchtigt wird. Windberuhigende Maßnahmen unter Verwendung des vor Ort vorhandenen Materials würden diesen Bereich als ökologischen Hotspot langfristig aufwerten.	Im Managementplan wird als weitere wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung bodenprädatorenarme Bruthabitate (z. B. Insel Lieps, Rethberg) ohne flächige Zuordnung aufgenommen.	A
V.III.1	NABU Mecklenburg-Vorpommern 31.07.2015		Der NABU Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die Erstellung von wirksamen Managementplänen für die Europäischen Vogelschutzgebiete. Die im Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete“ formulierten Kriterien reichen unseres Erachtens nicht aus, um den Rahmen für einen wirksamen Schutz und eine aus Naturschutzsicht positive Entwicklung des Gebiete zu erreichen. Auf viele sich daraus ergebene Schwächen haben wir in unserer Stellungnahme zum Entwurf des Textteiles für den Managementplan „Schweriner Seen“ vom 16.04.2014 hingewiesen. Da sich nichts an den Rahmenbedingungen geändert hat, verweisen wir ausdrücklich auf die Inhalte unserer Stellungnahme vom 09. Mai 2015. (Anmerkung StALU: gemeint ist die Stellungnahme vom	Die Hinweise beziehen sich ausschließlich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“. Die Stellungnahme des NABU Mecklenburg-Vorpommern vom 09. Mai. 2014 wurde mit Schreiben vom 18. Juli 2014 umfänglich beantwortet.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>09.Mai 2014)</p> <p>Daraus ergeben sich auch unsere Befürchtungen und Einschätzungen, dass die Managementplanung für das Vogelschutzgebiet Schweriner Seen größtenteils wirkungslos bleibt. So werden beispielsweise einzig für den Wachtelkönig Wiederherstellungsmaßnahmen des Habitats für notwendig deklariert.</p> <p>Zwar wurden Verschlechterungen der Lebensräume bei mehreren Arten festgestellt, ein Handlungsbedarf lasse sich daraus aber nicht ableiten. Als Begründung dafür wurde ein „wissenschaftlicher Fehler“ konstruiert. Die Erstkartierung ergab zwar noch ein „B“ beim Erhaltungszustand (EHZ) dieser Arten, aber da dieser EHZ mit einer anderen Methode ermittelt wurde, wären Vergleiche nicht möglich. Daher wurde eine „Plausibilitätsprüfung“ durchgeführt, mit dem überraschenden Ergebnis, dass der Zustand tatsächlich schon immer schlecht war, sich also auch nichts daran ändern müsse. Verbesserungen des EHZ wären somit lediglich eine „wünschenswerte Entwicklung“. Sie werden nicht angestrebt. Aus Naturschutzsicht eine Enttäuschung.</p> <p>Aus unserer Sicht bietet der vom LU gesteckte Rahmen zur Erstellung der Managementpläne zu viel „Luft nach unten“, so dass ein wirksamer Vogelschutz in den Europäischen Vogelschutzgebieten in MV zur „wünschenswerten Entwicklung“ degradiert wird. Das damit die ehemals hoch gesteckten Ziele erreicht werden (z.B. Umsetzung der naturschutzfachlichen Erfordernisse, S. 8, Fachleitfaden), ist kaum vorstellbar.</p>		

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Das wirkt sich natürlich auch auf den vorliegenden Managementplanentwurf aus. Dieser kann daher nur hinter unseren Erwartungen zurückbleiben. Siehe dazu auch unsere Stellungnahme vom 09. Mai 2014.		
IX.1	IHK zu Schwerin 31.07.2015		<p>Mit der Informationsveranstaltung vom 08.07.2015 haben Sie den Planungsprozess für abgeschlossen erklärt.</p> <p>Mitte Juli 2015 wurde der Textteil für den Managementplan für das Europäische Vogelschutzgebiet DE 2235-402 „Schweriner Seen“ in der Entwurfsfassung vom 17.03.2015 veröffentlicht. In der Veranstaltung am 08.07.2015 wurden bereits Maßnahmen überarbeitet präsentiert und die Hinweise aus der Sitzung wurden im Protokoll festgehalten. Es liegt somit keine aktuelle Entwurfsfassung vor. Auf Ihrer Internetpräsenz haben Sie dargelegt, dass zu der Maßnahmenplanung lediglich bis zum 31.07.2015 Stellung genommen werden kann.</p> <p>Da uns kein aktueller Planentwurf vorliegt, ist eine abschließende Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Wir bitten daher um eine entsprechende Fristverlängerung, die eine Stellungnahme zu einer aktuellen Entwurfsfassung, die öffentlich vorliegt, sicher stellt. Nach vorliegen einer aktuellen Bewertungsgrundlage bitten wir um eine Monatsfrist, um eine IHK-Stellungnahme auf entsprechender Beteiligungsgrundlage vorlegen zu können.</p> <p>Um Ihnen bereits heute einige wesentliche Aspekte zu benennen, die einer Überarbeitung bedürfen, haben wir kurzfristig die IHK Gesprächsrunde, bestehend aus</p>	Vorliegend handelt es sich um die Aufstellung eines Fachplanes des Naturschutzes und freiwilliger Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit und nicht um ein förmliches Verfahren. Es ist nicht vorgesehen, überarbeitete Entwürfe zur erneuten Stellungnahme vorzulegen. Die Änderungen gegenüber der veröffentlichten Entwurfsfassung beziehen sich ausschließlich auf klarstellende Formulierungen einiger weniger Maßnahmen, die auf der öffentlichen Informationsveranstaltung ausgiebig erläutert, diskutiert und protokolliert wurden. Auf dieser Grundlage ist die Möglichkeit gegeben, eine Stellungnahme konkret inhaltlicher Natur zu den vorgestellten Maßnahmen abzugeben.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			dem Verein Pro Schwerin, den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Landeshauptstadt Schwerin und der Region, dem Regionalen Planungsverband WM, Vertretern der ISSU, dem Landessportbund, der Stadtmarketing Gesellschaft Schwerin mbH, dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus und der IHK zu Schwerin einberufen. Im Ergebnis möchten wir Ihnen folgende Punkte benennen, für die wir eine Überarbeitung für unabdingbar halten:		
IX.2		Kap. I.1.2.2, Kap. I.3.2 , Kap. II.1.5.2 und Kap. II.2.2	<p><u>Bootsdichte – Keine Relevanz für die Habitatentwicklung</u></p> <p>Im Protokoll (Punkt 7) der Informationsveranstaltung vom 08.07.2015 ist festgehalten, dass nicht die Boots-dichte und damit die Anzahl der Boote im Seengebiet, sondern die Verteilung der Boote eine entscheidende Rolle spielt.</p> <p>Diesen Aspekt halten wir für grundlegend, um eine Entwicklung der Gewässernutzung zu gewährleisten. Daher muss dieser Aspekt zwingend im Textteil aufgenommen werden und entsprechende Textelemente, die sich auf die Bootsanzahl bzw. Boots-dichte beziehen, angepasst bzw. rausgenommen werden.</p> <p>Darüber hinaus ist im Anhang III.8 (Planungen) aktuell dargelegt: „Derzeit erfolgt die Erarbeitung einer Bewertungsmethodik zur Beurteilung von Beeinträchtigungen von Vögeln durch die Veränderungen des Bootsverkehrs.“. Dies ist u. E. in dieser Darstellung sehr missverständlich. Hier plädieren wir für eine Streichung dieser Argumentation.</p> <p>Um diesen Aspekt verstärkt Rechnung zu tragen ist das</p>	<p>Aussagen zur Boots-dichte und zu einer konkreten Anzahl von Boote auf den Seen sind im Managementplan nicht enthalten. Entsprechend dem Hinweis auf der 3. öffentlichen Informationsveranstaltung am 07.08.2015 wird jedoch die Thematik Bootsverteilung geben (Kap.I.3.2) ergänzt.</p> <p>Die Aussage in der Spalte „FFH-Verträglichkeit“ des Anhangs III.8 bezieht sich auf das vom Kieler Institut für Landschaftsökologie erstellte Gutachten „Bewertungsmethodik zur Beurteilung von Beeinträchtigungen durch die Veränderung des Schiffsverkehrs auf den Schweriner Seen“. Hier wurde der von der Landeshauptstadt Schwerin übermittelte Stand widergegeben.</p> <p>Die Erarbeitung einer freiwilligen Vereinbarung ist bereits als eine Maßnahme der Umsetzung der Managementplanung. Die inhaltliche Ausgestaltung einer freiwilligen Vereinbarung ist nicht Gegenstand der Managementplanung.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Vermeiden des Befahrens/Begehens (Uferbereich) von möglichst störungsarmen Habitatsbereichen im Rahmen einer Freiwilligen Vereinbarung aufzunehmen. Als Grundlage ist eine eindeutige und leicht handhabbare geographische Verortung dieser Teilräume wichtig.		
IX.3		Kap. II.2.2	<u>Belassen umgestürzter Bäume</u> Bereits im IHK-Schreiben vom 08.07.2015 haben wir Sie darauf hingewiesen, eine auf diese Art und Weise beschriebene Maßnahme „Belassen umgestürzter Bäume“ sei problematisch. Bereits in der Sitzung haben Sie eingeräumt, dass sich dies im Wesentlichen auf das Belassen der Wurzelteller bezieht und dass eine Beräumung im Sinne der Wegesicherungspflicht sicher gestellt werden muss. Die Wegesituation, insbesondere der ufernahen Wege, darf zukünftig keine Beeinträchtigung erfahren, auf Grund einer unzureichenden Formulierung im Plan. Hier empfehlen wir, eine Umformulierung bzw. Ergänzung, worauf sich diese Formulierung bezieht und dass dies einer Wegesicherungspflicht nicht entgegen stehen darf.	Die Erhaltungsmaßnahme bezieht sich im Wesentlichen auf den Erhalt mächtiger Wurzelteller umgestürzter Bäume, die vom Eisvogel als Nisthabitat genutzt werden. Hierauf wurde auf der Informationsveranstaltung am 08.07.2015 hingewiesen und erklärt, dass diese Maßnahme entsprechend geändert wird. Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht sind auch weiterhin möglich.	A
IX.4		Kap. II.2.2	<u>Keine Neuanlage oder Ausbau von Wegen</u> Ebenfalls im IHK-Schreiben vom 08.07.2015 haben wir Sie darauf hingewiesen, dass die Formulierung der Maßnahme „keine Neuanlage oder Ausbau von Wegen“ einer Entwicklung deutlich entgegen steht. Auch hierbei wäre ein ergänzender Hinweis, wie er in Teilen der Präsentation bereits enthalten ist: „in den Habitaten“ o. ä., sinnvoll.	Die Erhaltungsmaßnahme steht einer Entwicklung nicht entgegen, sofern die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des europäischen Vogelschutzgebietes gegeben ist. Zum besseren Verständnis wird die Erhaltungsmaßnahme konkretisiert.	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
IX.5		An- hang III.4 und III.5	<p><u>Regatten</u> Bezüglich der Regatten haben wir eine intensive Diskussion geführt und die Einbindung der Akteure zur Bestandsaufnahme ist erfolgt, so dass eine umfängliche Liste, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit hat, vorliegt.</p> <p>Wir begrüßen die geographische Abgrenzung der Regattabereiche. Hierbei finden allerdings die Langstreckenregatten bislang keine Berücksichtigung, die ebenfalls für die Attraktivität des Wassersportreviers wichtig sind.</p> <p>Eine Auflistung der einzelnen Regatten in der Planungsgrundlage halten wir jedoch für falsch, da bspw. bei Namensänderung der Regatta (vielleicht durch Änderung des Sponsors) dazu führt, dass diese nicht mehr gelistet ist oder dass Meisterschaften, die nicht jährlich stattfinden, nicht integriert sind.</p> <p>Mit einer erfolgten räumlichen Abgrenzung der Regattastrecke halten wir diesen Aspekt für ausreichend dargelegt und gleichzeitig gibt es damit Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Festschreibung der einzelnen Regatten im Rahmen der Planung sollte nicht erfolgen, denn es geht nicht um die Anzahl (Bootsdichte – siehe Punkt 1), sondern nur um die Verteilung der Boote (Ort der Regatta).</p>	<p>Um den etwaigen Umfang und den Zeitraum der Veranstaltungen zu verdeutlichen, sind im Anhang III.5 exemplarisch für das Jahr 2014 die an das WSA Lauenburg gemeldeten Veranstaltungen aufgeführt. Eine Festschreibung der einzelnen Regatten ist hiermit nicht verbunden. Vielmehr werden die regelmäßig stattfindenden Regatten und ähnliche Sportveranstaltungen als verträglich bewertet, sofern hierfür schwerpunktmäßig die im Anhang III.4 dargestellten Bereiche genutzt werden (Kap. II.1.2).</p> <p>Die Langstreckenregatten sind in der Karte nicht dargestellt, da die Kurse je nach Witterungsbedingungen abweichen. Stattdessen ist in der Legende ein Textfeld mit dem Hinweis auf Langstreckenregatten, die außerhalb der gekennzeichneten Bereiche stattfinden, eingefügt. Da dieses Textfeld offensichtlich nicht hinreichend erkannt wurde, kann es auch in die Karte integriert werden, wenn hierdurch die Lesbarkeit der Karte nicht beeinträchtigt wird.</p>	B
IX.6		Kap. II.2.2	<p><u>Konkrete Maßnahmen</u> Kritisch beurteilen wir, dass der Plan bereits sehr konkrete Maßnahmen umfasst, die nicht als behördliche Grundlage erforderlich sind.</p> <p>Vielfach sind bereits Maßnahmen verankert, die mit sogenannten Dritten (verschiedene Interessen- und Nutzergruppen) im Rahmen einer „Freiwilligen Ver-</p>	Gemäß Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ sind sowohl die Erhaltungsziele (unterschieden in Schutzobjekt und Funktion) als auch die erforderlichen Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen sowie die vorrangigen und wünschenswerten Entwicklungsmaßnahmen darzustellen. Hierbei beziehen sich die Ziele	C

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			einbarung“ zusammengeführt werden sollen. Hier sollte die Planungsgrundlage eine klare Trennung von Zielen und Maßnahmen vornehmen, die in eine solche Freiwillige Vereinbarung, zu der bereits erste Gespräche stattfanden, integriert werden können. Natürlich ist ein argumentativer Verweis darauf denkbar.	auf Gebietsebene, während die Maßnahmen auf Habitate abstellen und räumlich verortet sind. Diese Trennung ist im Managementplan erfolgt.	
IX.7		Kap. II.2.2	<u>Einbringung von Bojen</u> Wir unterbreiten den Vorschlag als Maßnahme die Konzeption für und das Einbringen von Bojen zur Konzentrationswirkung von Bootsverkehren mit aufzunehmen.	Dieser bereits auf dem 2. Treffen der thematischen Arbeitsgruppe „Gewässernutzungen“ unterbreitet Vorschlag wurde versehentlich nicht berücksichtigt. Der Vorschlag wird nunmehr als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme zur Optimierung der Habitate der röhrichtbrütenden Arten aufgenommen.	A
IX.8		Anhang III.8	<u>7. Planungen – UVP erfolgt</u> Im Anhang III.8 sind Planungen aufgeführt, die von der Landeshauptstadt Schwerin bereits einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wurden. Dazu gibt es einen aktuelleren Stand, der in diesem Anhang berücksichtigt finden muss. Die Aussage „die Verträglichkeit ist im weiteren Verfahren zu prüfen“ sollte bei den betroffenen Planungen in „Verträglichkeit ist geprüft“ geändert werden.	Im Anhang III.8 sind Planungen aufgeführt, die aufgrund ihrer komplexen Wirkung auf die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des Europäischen Vogelschutzgebietes zu prüfen sind. Inwieweit diese Planungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wurden, ist für die Managementplanung nicht relevant.	C
X.1	Schweriner Seglerverein von 1894 e.V. 31.07.2015	Kap. I.1.2.2 und Kap. I.3.2	Der Managementplan-Entwurf enthält insbesondere hinsichtlich der Mauserhabitate des Haubentauchers fehlerhafte Schlussfolgerungen. Wie bereits mehrfach im Verfahren hingewiesen, ist die Feststellung zur Anzahl der auf dem Schweriner See vorhandenen und sich auf dem Wasser bewegenden Wasserfahrzeuge nicht in wissenschaftlich zulässiger Weise erhoben worden, so dass die Schlussfolgerungen hierzu zwangsläufig zu fehlerhaften Ergebnissen führen.	Der Hinweis bezieht sich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes, der nicht hier behandelt wird. Die Methodik zur Ermittlung der regelmäßig störungsarmen Freiwasserflächen wurde im Rahmen der übergreifenden thematischen Arbeitsgruppe am 15.05.2014 vorgestellt (vgl. Präsentation http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=123347).	C

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>So räumt der Entwurf zum Managementplan auf Seite 30 ein, dass die genaue Anzahl der Boote im Bereich der großen Schweriner Seen nicht bekannt ist. Es wird die Schlussfolgerung gezogen, dass jedem Bootshaus und jedem Liegeplatz aber ein Boot zugeordnet werden kann. Der Grund für diese Schlussfolgerung wird allerdings nicht genannt.</p> <p>Viel maßgeblicher ist aber die Frage, wie viele Boote sich auf dem See befinden und insbesondere die Frage, wie viele die Rasthabitate aufsuchen. Hierzu gibt es nach wie vor keinerlei verlässlichen Zahlen. Die Schlussfolgerung, dass daher der Bootsverkehr den Bruterfolg gefährdet, ist unzuverlässig. So wird auf Seite 79 des Managementplans vom „ermittelten Störungsgrad durch Bootsverkehr“. Eine Ermittlung des Störungsgrades durch Bootsverkehr ist aber aufgrund mangelnder Untersuchung gerade nicht erfolgt.</p>		
X.2		Kap. I.2.3	Weiter ist die Frage, wann die Mauserzeit des Haubentauchers beginnt nicht in wissenschaftlich beantwortet. Wie ebenfalls hingewiesen Eckermann gibt es dazu in der Literatur unterschiedliche Meinungen. Wie die Verfasser zu der Annahme kommen die Mauser beginnt bereits wird nicht wissenschaftlich dargelegt.	Der Hinweis bezieht sich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes, der hier nicht behandelt wird.	C
X.3		Anhang III.5	Hinsichtlich der im Anhang des Managementplan Entwurfs enthaltenden Wassersportveranstaltungen (Regatten) verweise ich der drauf, dass sich die Zahl und Art der Regatten im Laufe der vergangenen Jahrzehnte verändert hat. Insbesondere der Name einer Veranstaltung ist häufig von Zufällen abhängig (zum Beispiel Sponsor). Es sollte daher darauf verzichtet werden,	Um den etwaigen Umfang und den Zeitraum der Veranstaltungen zu verdeutlichen, sind im Anhang III.5 exemplarisch für das Jahr 2014 die an das WSA Lauenburg gemeldeten Veranstaltungen aufgeführt. Eine Festschreibung der einzelnen Regatten ist hiermit nicht verbunden. Vielmehr werden die regelmäßig stattfindenden Regatten und ähnliche Sportveranstaltungen	(B)

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			eine bestimmte Liste von Veranstaltungen aufzuführen. Die Kennzeichnung der Regattagebiete und der Hinweis, dass es Veranstaltung gibt, die sich über die ganzen Seen erstrecken, sollte ausreichend sein.	tungen als verträglich bewertet, sofern hierfür schwerpunktmäßig die im Anhang III.4 dargestellten Bereiche genutzt werden (Kap. II.1.2).	
XI.1	10 Landwirtschaftsbetriebe vertreten durch RA Geiersberger Glas & Partner mbH 31.07.2015 (gekürzte Wiedegabe; vollständige Stellungnahme im Anhang)		<u>I Einleitung</u> <u>I.1. Zielverfehlung der Managementplanung</u> Landwirtschaftsbetriebe legen Wert auf die Feststellung, dass das Verfahren für den Managementplan nicht den Anforderungen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt hat. Von einer Konsensorientierung kann in diesem Managementplan keine Rede sein. Eine gemeinsame Erarbeitung der Maßnahmen mit den betroffenen Landwirten fand nicht statt. Ein transparentes Verfahren, das es den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben ermöglicht hätte, sich frühzeitig an der Maßnahmenentwicklung zu beteiligen, sieht anders aus.	Die Managementplanung ist transparent erfolgt, indem die öffentlichen Informationsveranstaltungen ortsüblich bekannt gemacht und zusätzlich die Interessenvertretungen (hier Kreisbauernverbände) direkt eingeladen wurden. Zudem wurden thematische Arbeitsgruppen (u. a. Landnutzungen) eingerichtet, in denen die erarbeiteten Maßnahmenvorschläge erörtert wurden. An diesen Sitzungen haben sowohl Landwirtschaftsbetriebe als auch die Interessenvertretung teilgenommen. Ein Termin mit Vertretern der Landwirtschaftsbetriebe wurde von Kreisbauernverband mehrfach abgesagt. Zu einem Abstimmungsgespräch am 13.11.2014 im StA-LU WM sind nur Vertreter von zwei Landwirtschaftsbetrieben erschienen.	D
XI.2		Kap. I.2.2 S. 53, Kap. I.2.1 S. 51 Kap.	<u>I.2. Mängel der Managementplanung</u> Der Entwurf enthält Mängel, die es teilweise unmöglich machen, die Ergebnisse fachlich nachzuvollziehen. Die Herleitung der Bedeutung des Vogelschutzgebietes überzeugt nicht, da veraltete Quellen verwendet wurden und die Gewichtung willkürlich erscheint. Es ist im Übrigen nicht erkennbar, welches Ziel diese Darstellung verfolgt. Eine Darstellung und Bewertung der tatsächlichen Vorkommen der Arten wäre zielführender gewesen. Es ist unerfindlich, warum temporäre oder suboptimale Strukturen nicht erfasst wurden. Diese Strukturen sind für eine Bewertung der Möglichkeiten, dass der Erhal-	Die Hinweise beziehen sich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes. Die Herleitung der Bedeutung der relevanten Vogelarten für das europäische Vogelschutzgebiet und das hiermit verfolgte Ziel entspricht dem Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ (FLF) als verbindliche inhaltliche Grundlage für die Managementplanung. Demzufolge ist die Rote Liste der Brutvögel Mecklenburg-Vorpommerns, 3. Fassung 3. Fassung Juli 2014 nicht zur Anwendung gekommen. Für die relevanten Vogelarten des Europäischen Vo-	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>tungszustand der geschützten Arten unverändert bleibt oder sich verbessert, sehr wichtig, da sich durch Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen gute Effekte erzielen lassen.</p> <p>Ferner werden Maßnahmen für Vogelarten aufgenommen, die sehr selten in dem Schutzgebiet vorkommen sollen. Die Landwirtschaftsbetriebe fordern, kritisch zu hinterfragen, ob tatsächlich auch für Vogelarten – teilweise sehr einschneidende - Maßnahmen vorgesehen werden müssen, die in diesem Schutzgebiet ersichtlich nicht ihren Lebensraumschwerpunkt haben. In diesem Zusammenhang ist es nicht hilfreich, allein die potentiellen Habitate zu erfassen; eine zuverlässige Maßnahmenplanung macht es erforderlich, die tatsächlich genutzten Habitate zu ermitteln.</p>	<p>gelschutzgebietes sind die „typischen“ Habitate abzugrenzen. Dies bedeutet eine Beschränkung auf die maßgeblichen bzw. „essenziellen“ Habitatbestandteile. Bei der Ableitung von wünschenswerten Entwicklungsmaßnahmen wurde jedoch berücksichtigt, inwieweit suboptimale Strukturen verbessert werden können (z. B. Anpassung der bestehenden Nutzung).</p> <p>Es sind für die Vogelarten Erhaltungsziele zu definieren, die in der Anlage I Vogelschutzgebietslandesverordnung als maßgebliche Bestandteile gebietsbezogen festgesetzt sind. Die Anregung zur kritisch Hinterfragung, ob auch Maßnahmen für Vogelarten vorzusehen sind, die in diesem Schutzgebiet ersichtlich nicht ihren Lebensraumschwerpunkt haben, wird an das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern weitergeleitet.</p>	
XI.3			<p><u>I.3. Landwirtschaft als schutzzieلفördernde Nutzung der Natur</u></p> <p>Die Landwirtschaftsbetriebe stellen fest, dass der Managementplan den Eindruck vermittelt, als sei die ackerbauliche Nutzung der Flächen innerhalb des Vogelschutzgebietes dafür verantwortlich, dass sich der Erhaltungszustand von einigen Zielarten nicht verbessern kann. Das Gegenteil ist richtig</p>	Die Feststellung wird zur Kenntnis genommen.	D
XI.4			<p><u>I.4. Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft</u></p> <p>Es wird der Eindruck erweckt, die Landwirtschaft hätte – z. B. im Vergleich zum Tourismus und den Erholungsnutzungen – in der Region – kaum eine Bedeutung. Dagegen nehmen die Maßnahmen im Managementplan maßgeblich die landwirtschaftliche Flächen-</p>	Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>nutzung ins Visier. Hier weisen die Landwirtschaftsbetriebe darauf hin, dass sie mehr als 120 Vollzeitarbeitskräfte beschäftigen und Flächeneigentümern die Möglichkeit gegeben wird, durch Verpachtungen an die Betriebe Einkommensquellen zu erschließen. Somit tragen die Landwirtschaftsbetriebe unmittelbar, aber auch mittelbar zum lokalen und regionalen Steueraufkommen bei.</p> <p>Die Landwirtschaftsbetriebe stehen zu ihrer Verantwortung für den Naturraum, in dem sie wirtschaften. Das gilt insbesondere für die Erreichung der Ziele in dem Vogelschutzgebiet. Die Managementplanung sollte die geplanten Maßnahmen so ausgestalten, dass Sonderopfer der Landwirtschaftsbetriebe ausgeschlossen sind und den Betrieben nicht von vornherein die Möglichkeit genommen wird, sich weiter zu entwickeln und die Nutzung ihrer Flächen an die landwirtschaftlichen Bedürfnisse anzupassen; das gilt z. B. für das Anlagen von Wegen.</p>		
XI.5		Kap. II.2.2	<p><u>II. Maßnahmenübergreifende Vorschläge und Anmerkungen</u></p> <p><u>II.1 Agrarförderrechtskonformität der Maßnahmen</u></p> <p>Die Erfüllung der Greening-Verpflichtungen wird bei den Maßnahmen nur unzureichend berücksichtigt. Für eine greening-konforme Ausgestaltung der Maßnahme sind erläuternde Hinweise aufzunehmen, wann Grünland als erhalten gilt.</p> <p>Ferner ist sicherzustellen, dass die verwendeten Begriffe in dem Managementplan übereinstimmen mit denen des europäischen Agrarrechts (Beispiel Grünland).</p>	<p>Der Managementplan ist ein Naturschutzfachplan. Eine Konformität mit dem Agrarförderrecht ist nicht in jedem Fall möglich und zwingend erforderlich. Soweit möglich und den Artansprüchen genügend, wird eine agrarförderrechtskonforme Ausgestaltung der Maßnahmen angestrebt. Für Flächen, die im LAFIS-LFK mit der Hauptnutzungsart Dauergrünland (DGL) erfasst sind und für Grünlandflächen außerhalb von Feldblöcken, wird weiterhin der Erhalt des Grünlandes definiert. In den Fällen, in denen es sich um grünland-ähnliche Strukturen auf Ackerflächen handelt, wird die Maßnahme neu formuliert in „Erhalt von Ackerrandstreifen mit Grünlandcharakter auf einer Fläche von</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>Es ist auch abzusichern, dass bei der Erfassung vorhandener Nahrungshabitate die Greening-Maßnahmen berücksichtigt werden, die außerhalb des Vogelschutzgebietes liegen.</p> <p>Es ist daher eine grundlegende Forderung der Landwirtschaftsbetriebe, die geplanten Maßnahmen agrarförderrechtskonform auszugestalten, d. h., dass z. B. die landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die im Rahmen des europäischen Agrarrechts als ökologisch vorteilhaft anerkannt werden, Berücksichtigung finden.</p>	<p>56,44 ha“. Im Kap. II.2.1.1 wird erläutert, dass das Ziel erreicht werden kann durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - brachliegende Flächen, Puffer- und Waldrandstreifen - Flächen mit Gründecke im Sinne der ÖVF-Vorgaben - jährlich angesäte Blühstreifen und Gewässerschutzstreifen im Sinne der AUKM Regelungen 2015 - Ackergrasflächen mit Kleebeimischungen. <p>Auf den Ackerrandstreifen sind gestaffelt die landwirtschaftlichen Tätigkeiten zulässig, die sicherstellen, dass für diese Flächen der Status Ackerland erhalten bleibt.</p> <p>Auch anrechenbar auf die jährlich zu erhaltende Nahrungsfläche auf Acker mit Grünlandcharakter kann die „Anlage von Ackerrandstreifen mit Grünlandcharakter an vorhandenen Gehölzstrukturen bzw. die Anpflanzung von Hecken entlang vorhandener Dauergrünlandflächen“ sein. Diese gebietsweit gültige wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme wird im Managementplan zusätzlich aufgenommen.</p> <p>Nahrungsflächen außerhalb des Europäischen Vogelschutzgebietes sind gemäß FLF nicht zu berücksichtigen.</p>	
XI.6		Kap. II.2.2	<p><u>II.2 Keine Entstehung von Dauergrünland</u></p> <p>Es ist sicherzustellen, dass die Anforderungen von Grünlanderhaltungsmaßnahmen nicht nur dann erfüllt sind, wenn auf den betreffenden Flächen Dauergrünland vorhanden ist. Es gibt gleichwertige landwirtschaftliche Nutzungen, die denselben ökologischen Effekt erzielen.</p> <p>Es muss auf den betroffenen Flächen möglich sein, die Tätigkeiten durchzuführen, die erforderlich sind, damit</p>	<p>Durch die vorgeschlagene Differenzierung der Grünlandflächen und damit verbunden der Erhaltungsmaßnahmen ist gewährleistet, dass auf den Ackerstandorten kein Dauergrünland entstehen muss (vgl. lfd. Nr. XI.5).</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>kein Dauergrünland entsteht. Es ist daher eine Forderung der Landwirtschaftsbetriebe, dass auf den Flächen mit Grünerhaltungs- und Grünlandentwicklungsmaßnahmen die landwirtschaftlichen Tätigkeiten zulässig bleiben, die sicherstellen, dass der Status Ackerland erhalten bleibt.</p> <p>Diese Forderung für eine Anpassung der Maßnahme gilt ebenso für sämtliche anderen Maßnahmen, die den Erhalt von Grünland fordern, z. B. Schutz von störungsarmen Verlandungszonen und Grünlandflächen.</p>		
XI.7		Kap. II.2.2	<p><u>II.3 Keine absoluten Verbote für bestimmte Maßnahmen</u> Der Managementplan enthält an vielen Stellen absolute Verbote für bestimmte Maßnahmen (Beispiel keine Erstaufforstung von Ackerflächen, keine Neuanlage oder Ausbau von Wegen). Es gibt keinen Anhaltspunkt, warum es von vornherein und generell ausgeschlossen sein soll, dass auf Teilbereichen diese Ackerflächen in Forstland angelegt oder ein Weg errichtet wird.</p> <p>Es ist daher eine grundlegende Forderung der Landwirtschaftsbetriebe, darauf zu verzichten, absolute Verbote für bestimmte Projekte in den Managementplan aufzunehmen oder ausdrücklich klarzustellen, dass in jedem Einzelfall eine ergebnisoffene Prüfung möglich bleibt, ob bestimmte Tätigkeiten Projekte im Sinne von § 34 BNatSchG sind und wenn ja, ob sie mit den Erhaltungszielen des Schutzgebietes vereinbar sind.</p> <p>Diese grundlegende Forderung gilt auch in Hinblick auf die gebietsweit gültige Maßnahme zum Schutz der</p>	<p>Der Managementplan als Fachplan des Naturschutzes enthält grundsätzlich keine rechtlich relevanten absoluten Verbote für bestimmte Projekte oder Handlungen.</p> <p>Gemäß VSGLVO M-V sind große unzerschnittene und möglichst störungsarme landwirtschaftlich genutzte Flächen als maßgebliche Lebensraumelemente zu erhalten. Hierauf sind die passiven Erhaltungsmaßnahmen gerichtet. Zum besseren Verständnis werden die Erhaltungsmaßnahmen, die sich auf das Absenken des Wasserstandes, den Neu- oder Ausbau von Wegen, die Erstaufforstung oder die Zerschneidung durch Freileitungen, Verkehrswegen, Baumreihen und Feldhecken beziehen, um die Wörter „erhebliche Beeinträchtigungen“ ergänzt.</p> <p>Windenergieanlagen können nur in den dafür ausgewiesenen Eignungsgebieten errichtet werden. Europäische Vogelschutzgebiete und Zugkorridore sind Ausschlussgebiete für Windenergieanlagen. Damit ist hinreichend geregelt, dass keine Windenergieanlagen im</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Flugrouten von Großvögeln, wonach in dem gesamten Schutzgebiet von vornherein ausgeschlossen sein soll, künftig Windenergieanlagen errichten zu dürfen.	Gebiet errichtet werden können und diese Erhaltungsmaßnahme im Managementplan entfallen kann.	
XI.8		Kap. II.2.2	<p><u>II.4 Kein absolutes Verbot von Vergrämnungsmaßnahmen</u></p> <p>Der Managementplan sollte darauf verzichten, auf bestimmten Flächen das gesetzlich bestehende Verbot aufzunehmen, Vögel zu vergrämen, z. B. zum Schutz der Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne (Tabelle 22: 0001_1 bis 00015_1).</p> <p>Es ist bereits nicht klar, was eine Vergrämnung von Vögeln damit zu tun haben soll, die Nahrungsflächen zu schützen. Selbst wenn Vögel von den Ackerflächen verscheucht werden, hätte dies keinen Einfluss auf die Qualität dieses Bereichs als Nahrungshabitat.</p> <p>Unabhängig davon ist das Verbot der Vergrämnung gesetzlich geregelt in § 44 BNatSchG. Ersichtlich dient der Managementplan für ein Vogelschutzgebiet nicht dazu, die geltenden artenschutzrechtlichen Regelungen darzustellen oder zu übernehmen.</p> <p>Die Aufnahme des Vergrämnungsverbots führt ferner dazu, dass der Managementplan suggeriert, entsprechende Maßnahmen seinen ein Projekt im Sinne von § 34 BNatSchG, deren Verträglichkeit mit den Erhaltungsziele festgestellt werden müsse.</p> <p>Da der Managementplan mit dem Vergrämnungsverbot über den gesetzlich vorgesehenen inhaltlichen Rahmen hinausgeht und die grundsätzliche Zulässigkeit von Scheuchwirkungen auf landwirtschaftlichen Flächen in Frage stellt, fordern die Landwirtschaftsbetriebe, das Vergrämnungsverbot aus sämtlichen Maßnahmen des</p>	<p>Die Qualität der Nahrungsfläche der Rastvogelarten wird gemäß VSGLVO M-V u. a. durch die Störungsarmut definiert. Somit können Vergrämnungen dazu führen, dass wichtige Nahrungsflächen rastender Vogelarten beeinträchtigt werden, was sich auf den Fitnesszustand der Population auswirken kann. Nach § 44 BNatSchG sind Vergrämnungen (gezielte Störungen) nicht zulässig. Normale Bewirtschaftungsabläufe stellen hingegen keine Vergrämnung dar.</p> <p>Zum besseren Verständnis wird die Maßnahme wie folgt definiert: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch gezielte Störungen (Vergrämnung) (vgl. § 44 BNatSchG)“.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Plans zu streichen.		
XI.9		S. 108	<u>II.5 Keine Wiederholung gesetzlicher Verbotstatbestände</u> De Managementplan sollte ferner darauf verzichten, bereits gesetzlich verbotene Tätigkeiten aufzunehmen. Für den Vollzug des gesetzlichen Biotopschutzes ergibt sich daraus nichts. Es ist auch sicherzustellen, dass die Vorgaben des Managementplanes ein ansonsten zulässiges Handeln einschränken. Sollte der Managementplan nicht darauf verzichten können, gesetzliche Verbotstatbestände zu wiederholen, wäre zwingend darauf zu achten, dass diese Regelungen vollständig übernommen werden, insbesondere die Erheblichkeitsschwellen. Andernfalls würde in dem Vogelschutzgebiet ein strengeres Schutzregime als im übrigen Naturschutzrecht gelten, ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gäbe.	In den Europäischen Vogelschutzgebieten sind gemäß § 33 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Somit kann im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung die Beurteilung der Erheblichkeit abweichend sein von der Erheblichkeit im Rahmen des Vollzugs des gesetzlichen Biotopschutzes.	C
XI.10		Kap. II.2.2	<u>III. Bewertung einzelner Maßnahmen</u> 1.a) Die Landwirtschaftsbetriebe regen an, klarer herauszuarbeiten, dass die Bewirtschaftung im Rahmen der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft (vgl. § 5 Abs. 2 BNatSchG) nicht als Störung der Ackerflächen einzustufen ist. Anders formuliert: Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass die Bewirtschaftung der Flächen im Rahmen der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft dem Gebot entspricht, störungsarme Ackerflächen zu schützen. Die Landwirtschaftsbetriebe fordern, diese Maßnahme wie folgt zu formulieren: Schutz störungsarmer Ackerflächen im Sinne der guten fachlichen Praxis in der	1a) Die Anregung kann im Managementplan berücksichtigt werden. Die Arten, für die Ackerflächen maßgebliche Lebensraumelemente darstellen, befinden sich aktuell in einem günstigen Erhaltungszustand. Dies spricht dafür, dass die Einhaltung der „guten fachlichen Praxis“ bei der Bewirtschaftung der Ackerflächen grundsätzlich mit den Erhaltungszielen vereinbar ist. Sofern der Schutz störungsarmer <u>Ackerflächen</u> als Erhaltungsmaßnahme definiert ist, erfolgt im Managementplan eine entsprechende Ergänzung mit dem Hinweis auf § 5 Abs. 2 BNatSchG. 1b) Mit der Maßnahme, keine neuen Wege anzulegen bzw. auszubauen, ist kein absolutes rechtlich relevantes	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>Landwirtschaft sowie wasserführende Sölle und Senken, Sümpfe und Verlandungszonen (...).</p> <p>1.b) Die Maßnahmen 0199_1 bis 0209_1 sind vorgesehen für das Ziel, den Kranich zu schützen. Für den Schutz ist das Verbot vorgesehen, dass Wege weder ausgebaut noch angelegt werden dürfen. Für dieses umfangreiche Verbot gibt es keine naturschutzfachliche Begründung. Es dürfte wiederum sachgerechter sein, die Frage, ob z. B. der Ausbau eines Weges vereinbar ist mit den Erhaltungszielen für den Kranich, einzelfallbezogen zu klären.</p> <p>Daher fordern die Landwirte, dieses Verbot zu streichen oder klarzustellen, dass allein die Neuanlage oder der Ausbau von Wegen, die nicht (landwirtschaftlichen) Fahrzeugen dienen, in dem unmittelbaren Nahbereich von Brutplätzen des Kranichs geeignet sein können, sich nachteilig auf den Erhaltungszustand auszuwirken.</p> <p>Diese Forderungen gelten ebenso für die Maßnahmen „Schutz störungsarmer Ackerflächen als Nahrungshabitate (0210_1 bis 0238_1)“ und alle anderen Maßnahmen, die eine störungsarme Nutzung bestimmter Flächen fordern, z. B. Schutz von Störungsarmen Verlandungszonen und Grünlandflächen (0276_1).</p> <p>1.c) Die Maßnahmen sehen ferner vor, dass der Wasserstand auf der Fläche nicht abgesenkt werden darf. Es sollte klargestellt werden, dass die Wasserentnahme aus Brunnen für die Beregnung der Flächen weiterhin</p>	<p>Verbot verbunden. Um Missverständnisse auszuräumen, wird die Maßnahme wie folgt formuliert: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch die Neuanlage oder den Ausbau von Wegen“ (vgl. auch XI.7)</p> <p>1c) Im Kap. II.1.1 wird aufgenommen, dass die Grundwasserentnahme zur Beregnung landwirtschaftlicher Flächen im derzeitigen Umfang als verträgliche Landnutzung bewertet wird. Die Formulierung der Maßnahme erfolgt nunmehr wie folgt: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch Veränderung des Wasserstandes (vgl. § 34 BNatSchG)“.</p>	

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>zulässig ist.</p> <p>Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher, die Maßnahme so zu formulieren, dass die Grundwasserentnahmen auf den betreffenden Flächen für die Beregnung im Rahmen der landwirtschaftlichen Flächennutzung zulässig sind.</p>		
XI.11		Kap. II.2.2	<p>Schutz von Grünlandflächen mit strukturreichen Hecken, Waldmänteln (Tabelle 21: 0247_1 bis 0272_1 und 0275_1)</p> <p>Es ist für eine optimale Entwicklung der Sperbergrasmücke nicht zwingend erforderlich, dass als Nahrungshabitat ausschließlich Grünland vorhanden ist. Da die Sperbergrasmücke lange Flugwege meidet, ist keine flächige Extensivierung oder Neuschaffung von Grünland erforderlich, um den Erhaltungszustand zu verbessern.</p> <p>Eine intensive ackerbauliche Nutzung ist für die Entwicklung von Sperbergrasmücke und Neuntöter unschädlich, sofern sie nicht direkt an die Bruthabitate heranreicht. Wenn zwischen diesen Ackerflächen und den Bruthabitaten Pufferstreifen, Staudensäume, Brachestreifen oder Grünstreifen belassen werden, in denen sich eine reichhaltige Insektenfauna (z. B. Heuschrecken oder Käfer) entwickeln kann, widerspricht die landwirtschaftliche Nutzung nicht der Entwicklung dieser Vogelarten. Vor diesem Hintergrund ist kritisch zu prüfen, ob es naturschutzfachlich zwingend notwendig ist, die Maßnahmen so großflächig anzulegen, wie es der Managementplan vorsieht (Beispiel Maßnahme 0258_1).</p>	<p>Es erfolgt auch eine Differenzierung der Maßnahmen (vgl. XI.5).</p> <p>Für die Ackerflächen, die nicht Teil des Habitats von Sperbergrasmücke und Neuntöter sind, wurden keine Maßnahmen verortet. Die Abgrenzung der Habitatfläche erfolgte nach den fachlichen Vorgaben zur Abgrenzung und Bewertung der Habitate von Vogelarten in den Europäischen Vogelschutzgebieten.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher, diese Maßnahmen auf die naturschutzfachlich erforderlichen Nahrungsbereiche der Bruthabitate von Sperbergrasmücke und Neuntöter zu beschränken. Für die Flächen, die nicht Teil des Habitats von Sperbergrasmücke und Neuntöter sind, ist zu erklären, dass eine ackerbauliche Flächennutzung zulässig bleibt.		
XI.12		Kap. II.2.2	<p>Erhalt der Grünlandhabitate mit Deckung gebender Vegetation (Tabelle 21: 0275_2 bis 0276_2 und 0283_1 bis 0284_1)</p> <p>Die Landwirtschaftsbetriebe weisen darauf hin, dass die geforderte extensive Bewirtschaftung des Grünlands auf Teilen der Maßnahmenflächen dazu führen wird, dass sehr wahrscheinlich ausschließlich Heu erwirtschaftet werden kann. Die Vorgaben für den Zeitpunkt der zulässigen Mahd und die - je nach Witterungsbedingungen – herrschenden Wasserstände schließen es aus, diese Flächen zu beweiden oder Tierfutter anzubauen.</p> <p>Dies hat zur Folge, dass die erzielbaren Erträge nicht in der Lage sind, die Kosten der geforderten Bewirtschaftung zu decken. Eine Nutzung dieser Flächen im Sinne der Maßnahmen ist nur dann realistisch möglich, wenn das Land einen finanziellen Ausgleich leistet.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In Tabelle 23 ist hierfür bereits ein jährlicher Finanzbedarf dargestellt, der sich an die ehemalige Förderrichtlinie zur naturschutzgerechten Grünlandnutzung orientiert.</p>	D
XI.13		Kap. II.2.2	<p>Optimierung der Grünlandhabitate mit Deckung gebender Vegetation (Tabelle 21: 0283_2 bis 0284_2 sowie 0285_2)</p> <p>Diese Maßnahme wird als erforderlich erachtet, um es der Vogelart Wachtelkönig zu ermöglichen, einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen. Dazu stellen die Landwirtschaftsbetriebe Folgendes fest:</p>	Gemäß FLF ist der erforderliche Flächenumfang anzugeben, wenn nur Teilflächen verbessert werden müssen, um einen insgesamt „günstigen“ Erhaltungszustand zu erreichen (25 %-Schwelle). Von der insgesamt 318,8 ha großen Habitatfläche des Wachtelkönigs konnten aktuell nur 26,4 ha (8,4 %) mit günstig bewertet werden. Daher sind mindestens 212,4 ha (66,5 %)	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>Es ist naturschutzfachlich nicht nachvollziehbar, warum eine Flächen von 212 ha notwendig ist (vgl. Entwurf Tabelle 17, S. 80), damit ein günstiger Erhaltungszustand erreicht werden kann. Dasselbe gilt für die angebliche Vorgabe auf mindestens 20% der Habitatfläche Störtalwiesen eine deckungsreiche Vegetation wiederherstellen zu müssen.</p> <p>Die eingeforderte extensive Beweidung der Flächen widerspricht den Anforderungen, die Rotmilan, Schwarzmilan und Weißstorch an ihre Nahrungshabitate stellen. Es ist sicherzustellen, dass die Maßnahme, die eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Flächennutzung zur Folge hat, nicht dazu führt, dass sich die Erhaltungszustände für diese Vogelarten verschlechtern.</p> <p>Es gilt hinsichtlich der Ertragsfähigkeit bei der geforderten Bewirtschaftung letztlich dasselbe wie für die Flächen, die für die Sicherung und Entwicklung des Wachtelkönigs extensiv zu bewirtschaften sind. Eine kostendeckende Flächennutzung im Sinne der Maßnahme erscheint ausgeschlossen. Das Land müsste einen entsprechenden Ausgleich leisten.</p>	<p>aufzuwerten, um im Gesamtgebiet einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen.</p> <p>Extensives Weideland ist für Rot- und Schwarzmilan als Nahrungshabitat gut geeignet. Die Anteile mit deckungsreicher Vegetation sind tatsächlich weniger günstig, aber laut Abgrenzungskriterien ebenfalls zu berücksichtigen. Spätestens zum Zeitpunkt der Mahd werden auch diese Bereiche als Nahrungsgrund sehr ergiebig. Für den Wachtelkönig müssen die deckungsreichen Anteile zudem nur 20% umfassen, um eine gute Bewertung zu erreichen.</p> <p>Für den Weißstorch wurden auf den Störwiesen keine Nahrungshabitate ausgewiesen, da keine Horststandorte im 6 km Radius vorliegen (im oder nahe des SPA).</p>	
XI.14		Kap. II.2.2	<p>Schutz lichter, trockener Kiefernwald-Habitate mit halboffenem Charakter und strukturreichen Waldmänteln</p> <p>Für die Sicherung des Erhaltungszustands der Heidelerche fordert der Managementplan, dass Aufforstungen von Schneisen und Lichtungen zu unterlassen sind. Für dieses absolute Aufforstungsverbot gibt es keinen überzeugenden naturschutzfachlichen Grund.</p> <p>Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher, das Verbot zu streichen, Schneisen und Lichtungen zum Schutz</p>	<p>Eine klassische Bewirtschaftung mit Kahlschlägen in den lichten, trockenen Kiefernwäldern entspricht den Ansprüchen der Heidelerche, da durch die wiederkehrende Schaffung von Offenland die Habitatflächen erhalten werden. Hierauf ist die Maßnahme gerichtet. Die bisher ggf. missverständliche Formulierung wird im Managementplan dementsprechend geändert.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			der Heidelerche nicht aufforsten zu dürfen.		
XI.15		Kap. II.2.2	<p>Schutz von Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne (Tabelle 22: 0001_1 bis 0020_1)</p> <p>Es sollte ausdrücklich klargestellt werden, dass eine Nutzung der Flächen im Rahmen der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft (vgl. § 5 Abs. 2 BNatSchG) der Vorgabe entspricht, die betreffenden landwirtschaftlichen Flächen störungsarm zu nutzen. Die Landwirtschaftsbetriebe fordern daher die folgende Formulierung für die Maßnahme vor: Schutz der Nahrungsflächen für Gänse und Schwäne durch: Erhalt großer, störungsarmer landwirtschaftlich genutzter Flächen im Sinne der guten Praxis in der Landwirtschaft (...)</p> <p>Diese Forderung gilt für sämtliche Maßnahmen, die in der Tabelle 22 aufgeführt sind und den Erhalt störungsarmer Landwirtschaftsflächen einfordern.</p>	<p>Die Anregung kann für die Ackerflächen berücksichtigt werden. Die Arten, für die Ackerflächen maßgebliche Lebensraumelemente darstellen, befinden sich aktuell in einem günstigen Erhaltungszustand. Dies spricht dafür, dass die Einhaltung der „Guten fachlichen Praxis“ bei der Bewirtschaftung der <u>Ackerflächen</u> grundsätzlich mit den Erhaltungszielen vereinbar ist.</p> <p>Für landwirtschaftlich genutzte Flächen mit der Bodennutzungsart DGL gemäß LAFIS kann diese Anregung nicht übernommen werden, da hier zum Teil weitergehende Anforderungen formuliert sind, z. B. später Mahdtermin.</p>	
XI.16		Karten 1a und 3a	<p>Sonstiges</p> <p>Wir übersenden in dem Managementplan eine Karte, aus der hervorgeht, dass die Darstellung von bestimmten Maßnahmen nicht mit den tatsächlichen Nutzungsverhältnissen übereinstimmen (Anlage 1). Es handelt sich um Hinweise des Landwirtschaftsbetriebs „Christian Nagel“. Aus diesen Hinweisen ergibt sich, dass die Maßnahmenkartierung zu ändern ist. Andernfalls würde die kartografische Darstellung die geplanten Maßnahmen falsch wiedergeben, wodurch bestimmte Flächen mit Maßnahmen versehen wären, die dort gar nicht durchgeführt werden können.</p> <p>Ferner übersenden wir zwei weitere Karten, in denen der Landwirtschaftsbetrieb „Christian Nagel“ darauf hinweist, dass die Karte „1a – Aktueller Zustand Pla-</p>	<p>Die Überprüfung der habitatrelevanten Biotope erfolgte im Jahr 2013 auf der Grundlage der „Anleitung für die Kartierung von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen in Mecklenburg-Vorpommern“ (LUNG, März 2010). Hiernach werden Saatgrasland und brachliegende Flächen mit < 50 % Hochstauden dem Grünland zugeordnet. Eine weitergehende Untergliederung ist im Managementplan (Karte 1a Aktueller Zustand, Planungen) nicht erfolgt. Um sicherzustellen, dass für diese Flächen der Status Ackerland erhalten bleibt, erfolgt in der Karte 1a nunmehr eine Differenzierung in „Grünland auf Feldblock Grünland und außerhalb von Feldblöcken“ und „grünlandähnliche Strukturen auf Feldblock Acker“. Hieraus ergibt ebenfalls eine Anpassung der Erhaltungsmaßnahmen.</p>	

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>nung 1(1)“ die tatsächliche Flächennutzung unzutreffend wiedergibt (Anlage 2). Die Karte ist entsprechend zu korrigieren.</p> <p>Wir übersenden eine weitere Karte als Anlage 3. Aus dieser Karte ergibt sich, dass zwei Ackerflächen in den Maßnahmenkarten unzutreffend als Grünland ausgewiesen sind, obwohl es sich um Flächen handelt, auf denen Ackergras angesät wird. Es handelt sich unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten um Ackerland.</p>		
XI.17		Kap. II.2.2	<p>Die Vorgaben für die Grünlandbewirtschaftung (Entwurf, S. 108 f.) stehen teilweise im Widerspruch zu den einzelnen Maßnahmen in der Tabelle 21.</p> <p>Der Managementplan (Entwurf S. 108) fordert auch für den Neuntöter und die Sperbergrasmücke sowie den Weißstorch, dass Grünland extensiv zu bewirtschaften ist. Diese Forderung ist in den Maßnahmenbeschreibungen der Tabelle 21 nicht enthalten. Daher reicht es aus, das Grünland zu erhalten (vgl. Maßnahme 0214_1); von einer extensiven Bewirtschaftung ist nicht die Rede.</p> <p>Die Mahd-Vorgaben auf den Habitatflächen des Wachtelkönigs sehen in den Tabellen 21 vor, dass die Flächen nicht vor dem 15.07. eines Jahres gemäht werden dürfen (Vgl. Maßnahme 0275_2). Der Plantext (Entwurf S. 109) sieht vor, dass die Mahd nicht vor dem 15.06. eines Jahres stattfinden darf. Die Erläuterungen der Wiederherstellungsmaßnahme sieht vor „(...) Mahdbeginn nicht vor dem 15. Juli; besser ab dem 15. August (Entwurf, S. 112). Es muss klar erkennbar sein, welche Vorgabe für die Mahd tatsächlich gilt.</p>	<p>Sofern für die Arten Neuntöter, Sperbergrasmücke und Weißstorch eine extensive Bewirtschaftung des Grünlandes erforderlich ist, wird diese Erhaltungsmaßnahme in der Tabelle 21 ergänzt.</p> <p>Die Mahdtermine resultieren aus der Bewertung der Habitatteilflächen des Wachtelkönigs. Zum Erhalt eines bereits günstigen Erhaltungszustandes ist der Mahdtermin 15. Juli einzuhalten (Polder Flessenow). Teilflächen in einem ungünstigen Erhaltungszustand sind nicht vor dem 15. Juni zu mähen (Störwiesen). Zur Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes sind auch diese Flächen nicht vor dem 15. Juli zu mähen, möglichst aber erst ab dem 15. August.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
XI.17		Kap. II.2.2	Es ist nicht erforderlich, die Einzäunung von Grünlandflächen mit Stacheldraht zu verhindern, um den Kranich zu schützen (so aber Entwurf, S. 108). Weil die Schadensereignisse für Kraniche sehr selten sind und alternative Einzäunungen ihren Zweck schlechter erfüllen als Stacheldrahtzäune, sollte diese Vorgabe aus dem Managementplan gestrichen werden.	Dem Hinweis kann entsprochen werden. Die bisherige Erhaltungsmaßnahme wird nunmehr als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme ohne konkrete Verortung aufgenommen.	A
XI.18			Die Vorgabe, strukturgebende Elemente nicht beeinträchtigen oder beseitigen zu dürfen (Entwurf, S. 108), bedarf der Aufnahme einer Erheblichkeits- oder Nachhaltigkeitsschwelle. Diese sind jedenfalls in § 20 Abs. 1 NatSchG M-V vorgesehen. Diese Schwellen unterhalb derer ein Eingriff naturschutzrechtlich irrelevant ist, sind auch erforderlich, weil der Managementplan den Erhalt dieser Elemente fordert. Unerhebliche Beeinträchtigungen stehen dazu in keinem Widerspruch.	Siehe Punkt XI.9	C
XII.1	5 Landwirtschaftsbetriebe vertreten durch Anwaltssozietät WELP & PARTNER 31.07.2015 (gekürzte Wiedegabe; vollständige Stellungnahme im Anhang)		Die Erfahrungen bei der Ausweisung von Schutzgebieten haben bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass die Mitwirkung von Grundeigentümern und Jagdausübungsberechtigten während des gesamten Verfahrens zwingend notwendig ist. In diesem Zusammenhang wurden die Interessen und Belange der Jagd im Rahmen der Managementplanung vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung nicht (hinreichend) berücksichtigt, so dass von einer unzureichenden Abstimmung der Maßnahmen mit unter Umständen weitreichenden Folgen bei der Umsetzung auszugehen ist.	Die Information der Betroffenen erfolgte entsprechend dem FLF. Die öffentlichen Informationsveranstaltungen zum Auftakt der Planung, zur Vorstellung der naturschutzfachlichen Grundlagen und zum Abschluss des Planungsprozess wurden ortsüblich bekannt gegeben. Diese Möglichkeiten der Information und Beteiligung werden durch die Interessenvertreter oder die direkt betroffenen jedoch unterschiedlich genutzt.	D
XII.2			Grundsätzlich ist die ordnungsgemäße Jagdausübung in Schutzgebieten zulässig. Unter Berücksichtigung der bereits in den einzelnen Landschaftsschutzgebietsverordnungen ausgewiesenen Schutzzwecke wird deutlich, dass nur ausnahmsweise Gründe zur zusätzlichen Reg-	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Gemäß Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ (FLF) sind bei bestehenden Schutzgebieten evtl. notwendige	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>lementierung der Jagdausübung bestehen können.</p> <p>Unsere Mandanten sind im Zusammenhang mit dem Erlass dieser Verordnungen weder vorher aufgeklärt noch angehört worden. Das gleiche gilt für den unsere Mandanten wie auch alle anderen betroffenen Jagdausübungsberechtigten vertretenden Landesjagdverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. Im Rahmen einer ordnungsgemäßen Anhörung wäre nämlich die Genehmigungspflicht, bzw. Antragstellungspflicht im Zusammenhang mit der Errichtung von jagdlichen Einrichtungen problematisiert worden. Es gilt deshalb im Rahmen dieses nunmehr in Rede stehenden Managementplanes hier praxisgerecht gegenzusteuern.</p>	Vorschläge zur Anpassung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele zu machen. Dies betrifft jedoch nicht die Regelungen für genehmigungs- bzw. antragspflichtige Handlungen sowie zu Ausnahmen und Befreiungen.	
XII.3			<p>Nach diesseitiger Auffassung kann durch verschiedene der geplanten Maßnahmen der Managementplanung eine zukünftige weitere Einschränkung der Jagdausübung bis hin zu einem vollständigen Jagdverbot auf einer Vielzahl von Flächen nicht ausgeschlossen werden. Die Einschränkungen in der Jagdausübung und gar ein Jagdverbot greifen in die Rechte der Jagdausübungsberechtigten ein.</p> <p>Sofern den Eigentümern durch Unterschutzstellung Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, sind diese zu entschädigen, um Vermögensnachteile auszugleichen. Dies gilt auch in Falle der Unzumutbarkeit innerhalb der Grenzen der Sozialbindung. Entschädigungsregelungen hierzu sind aber nicht einmal ansatzweise vorgesehen.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	D
XII.4		Kap.	Die Jagd muss auch in Schutzgebieten zugelassen blei-	Erhaltungsmaßnahmen, die die Jagd in dem Europä-	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
		II.2.2	<p>ben. Dies gilt umso mehr, als im Rahmen des Managementplanes nunmehr ein 500 m Streifen um die vorgenannten Schutzgebiete als Kohärenzflächen ausgewiesen wird, für die offensichtlich die gleichen Beschränkungen gelten sollen wie in den Schutzgebieten selbst. Die Hege muss auch künftig so durchgeführt werden können, dass Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung, insbesondere Wildschäden, möglichst vermieden werden.</p> <p>Vielfach sind Eingriffe in Wildtierpopulationen gerade auch in Schutzgebieten notwendig, dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Prädatorenjagd. Die Ursache-Wirkung-Beziehungen werden aus jagdlicher Sicht überhaupt nicht berücksichtigt, so dass der Erfolg bestimmter geplanter Maßnahmen höchst fragwürdig erscheint. Zielkonflikte zwischen Vogelschutz und anderen Wildtieren sind daher vorprogrammiert.</p>	<p>ischen Vogelschutzgebiet grundsätzlich ausschließen, sind im Managementplan nicht formuliert. Nur die Jagd auf Wasservögel auf den Gewässern und im 400-Meter Abstand von deren Ufer wird ausgeschlossen, was dem § 3 Abs. 1 Nr. 3 JagdZVO M-V entspricht. Zur Klarstellung wird die Formulierung geändert in „Sicherung der Jagdzeitenverordnung“.</p> <p>Für Flächen außerhalb des Europäischen Vogelschutzgebietes werden keine Maßnahmen definiert.</p> <p>Die Ursache-Wirkung-Beziehungen werden berücksichtigt. Im Managementplan wird auf Seite 105 als gebietsweite Erhaltungsmaßnahme die Prüfung der Rolle der Bodenprädatoren für den Erhaltungszustand der Habitate definiert sowie welche Methoden der Kontrolle gegebenenfalls in Frage kommen. Diese Maßnahme ist auch in Tabelle 21 aufgenommen.</p>	
XII.5		Kap. II.2.2	<p>Im Hinblick auf den Eigenjagdbezirk Gut Neu Schlagsdorf in Bezug auf die Maßnahmen mit den Kennziffern 005_1, 0011_1, 0012_1, 0016_1, 0016_2, 0020_1, 0032_1, soweit auch den Jagdausübungsberechtigten aufgegeben wird, störungsarme Röhrichtbestände durch Abstandhalten von Röhricht und anderen Vegetationsgürteln zu schützen. Dieser ganzjähriger Schutz führt letztendlich dazu, dass es dem Jagdausübungsberechtigten untersagt ist, eine Nachsuche auf angeschossenes Wild durchzuführen oder eine Drückjagd auf den völlig ausufernden Schwarzwildbestand im Schilf durchzuführen.</p>	<p>Der Managementplan als Fachplan des Naturschutzes enthält grundsätzlich keine rechtlich relevanten absoluten Verbote für bestimmte Projekte oder Handlungen.</p> <p>Bereits in den LSG-Verordnungen ist das Verbot, in Röhrichten einzudringen oder in diesen in sonstiger Weise Störungen vorzunehmen, geregelt. Somit ergibt sich durch den Managementplan kein weitergehender Schutz.</p> <p>Die Schutzmaßnahme bezieht sich auf die Bruthabitate der Arten Haubentaucher, Tafelente, Reiherente, Kolbenente und Rohrweihe vor wasserseitigen Störungen</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Im Rahmen dieser Maßnahmen ist also eine Ausnahmeregelung für die Jagdausübung zwingend erforderlich, diese kann im Hinblick auf Drückjagden zeitlich begrenzt sein, muss aber in jedem Fall die Nachsuche auf angeschossenes Wild ganzjährig zulassen.	zur Fortpflanzungszeit. Die Maßnahme wird jetzt auf den wasserseitigen Abstand von 30 m konkretisiert. Somit wird der zuständigen Naturschutzbehörde die Entscheidung über Ausnahmen erleichtert.	
XII.6		Kap. II.2.2	Das gleiche gilt im Hinblick auf die Maßnahme 0022_1, überdies wird auch die Schilfmahd im Verlaufe eines 10-Jahres-Zeitraumes beschränkt, so dass es dem Jagdausübungsberechtigten auch nicht möglich ist, ggfls. Schussschneisen oder Pirschpfade anzulegen und der Jagdausübungsberechtigte als Eigentümer nicht in der Lage ist, Röhricht zu gewerblichen Zwecken zu ernten. Das gleiche gilt auch zur Maßnahme 0126_1.	Die Ausführungen zu XII.5 gelten auch hier. Ein weitgehend ungenutzter Altschilfbestand ist ein maßgebliches Lebensraumelement röhrichtbrütender Vogelarten. Sowohl im § 20 Abs.1 NatSchAG M-V als auch in den LSG-Verordnungen ist das Verbot der Beseitigung oder Störung der Röhrichte geregelt. Insofern erfolgt hier keine weitergehende Regelung, sondern erleichtert der zuständigen Naturschutzbehörde die Prüfung auf Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des europäischen Vogelschutzgebietes (§ 34 BNatSchG).	C
XII.7		Kap. II.2.2	Im Rahmen der Maßnahmen 0096_1, 0099_1, 0015_1, 0106_1, 0106_2, 0109_1, 0111_1, 0114_1, 0121_1 wird dem Jagdausübungsberechtigten u. a. der Ausbau von Wegen untersagt. Hier ist bereits unklar, wann es sich um die Unterhaltung oder um einen Ausbau handelt. Gerade ein in Ufernähe schnell einmal durch die Vegetation innerhalb eines Zeitraumes von 2-3 Jahren zuwachsender Weg wird natürlich im Rahmen der Unterhaltung in regelmäßigen Abständen freizuschneiden und im Nachgang einer Benutzung durch Erntefahrzeuge zu begradigen sein. Hier ist die Grenze zum Ausbau fließend. Aufgrund der unscharfen Formulierung ist eine Streichung erforderlich.	Der Managementplan als Fachplan des Naturschutzes entfaltet keine unmittelbare Wirkung gegenüber Dritten. Somit kann keine grundsätzliche Untersagung abgeleitet werden. Ein Ausbau liegt bei einer wesentlichen Erweiterung der Nutzbarkeit eines schon vorhandenen Weges vor. Hierbei kann es sich um eine Verbesserung der horizontalen und vertikalen Linienführung und/ oder der Querschnitts- und Böschungsverhältnisse oder eine Veränderung der Deckschicht handeln (Quelle: Landesforst M-V (2004): Forstlicher Wegebau im Landeswald M-V). Eine Streichung der Erhaltungsmaßnahme erfolgt nicht. Jedoch wird zum besseren Verständnis die Erhaltungsmaßnahme wie folgt formuliert:	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
				„keine erhebliche Beeinträchtigung durch den Neubau oder Ausbau von Wegen“.	
XII.8		Kap. II.2.2	Im Rahmen der Maßnahmen 146_1, 148_1 und 154_1 wird im Wesentlichen der Schutz störungsarmer Uferhabitate durch Abstandhalten von Uferbereichen und Ruheplätzen gefordert. Für diese Maßnahmen gilt das gleiche wie für die Maßnahme 0015_1 bis 0058_1, da es dem Jagdausübungsberechtigten verwehrt wird, eine ordnungsgemäße Jagdausübung nachzugehen.	Die Erhaltungsmaßnahme, die dem Schutz der Bruthabitate von Eisvogel und Gänsesäger dient, bezieht sich auf die Wasserfläche. Die Erhaltungsmaßnahme wird eindeutiger formuliert und es wird der einzuhaltende Abstand angegeben (30 m). Diese Klarstellung ist bereits in der Präsentation zum Abschluss des Planungsprozesses enthalten (siehe http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1559215).	A
XII.9		Kap. II.2.2	Soweit im Rahmen der Maßnahmen 0188_1, 0190_1, 0192_1, 0195_1, 0197_1, 0203_1, 0204_1, 0205_1, 0207_1, 0208_1 ebenfalls wieder ein Verbot des Wegeausbaus aufgenommen wird, kann auf die Ausführungen zu der Maßnahme 0146_1 verwiesen werden. Das gleiche gilt für die Maßnahmen 0232_1, 0233_1, 0234_1, 0237_1, aber auch 0242_1, 0276_1 sowie 0327_1 und 0331_1.	Siehe XII.7	A
XII.10		Kap. II.2.2	In Hinblick auf den Eigenjagdbezirk Gut Kleefeld ist festzustellen, dass dieser durch die Maßnahme 0093_1 insoweit betroffen ist, als dem Jagdausübungsberechtigten ebenfalls das Abstandhalten von Röhricht-, Vegetationsgürtel und Uferbereichen, und zwar ausdrücklich land- und wasserseitig, aufgegeben wird. Im Rahmen dieser Maßnahme ist also eine Ausnahmeregelung für die Jagdausübung zwingend erforderlich, diese kann im Hinblick auf Drückjagden zeitlich begrenzt sein, muss aber in jedem Fall die Nachsuche auf abgeschossenes Wild ganzjährig zulassen.	Die Erhaltungsmaßnahme bezieht sich u. a. auf das Bruthabitat des Kranichs und somit auch auf den Schutz vor landseitigen Störungen. In Anlehnung an § 23 NatSchAG M-V, wonach die Jagd im Umkreis bis 300 Meter um den Brutplatz des Kranichs in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai verboten ist, werden diese Zeiten zur Konkretisierung im Managementplan übernommen.	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
XII.11		Kap. II.2.2	Auch der Jagdausübungsberechtigte des Gut Kleefeld wird im Rahmen der Maßnahme 0095_1 daran gehindert, ggfls. erforderlichen Wegebaumaßnahmen im Rahmen der Unterhaltung auszuführen, da der auch Cross Compliance relevante Vorwurf des Wegebaus statt einer Unterhaltung erhoben werden könnte. Aufgrund der Unschärfe der Formulierung ist diese in Bezug auf den „Wegebau“ zu streichen.	Siehe XII.5	A
XII.12		Kap. II.2.2	Der Eigenjagdbezirk Gut Kleefeld ist schließlich gleichermaßen im Rahmen der Maßnahmen 0229_1, 0230_1 aber auch 0314_1 betroffen. Insoweit ist es im Rahmen des Schutzzwecks nur erforderlich, hier in Bezug auf die jeweils zu schützenden Vögel ggfls. zeitliche Beschränkungen aufzunehmen, nicht aber ein generelles Verbot auszusprechen.	Der Managementplan als Fachplan des Naturschutzes enthält grundsätzlich keine rechtlich relevanten absoluten Verbote für bestimmte Projekte oder Handlungen. Zum besseren Verständnis werden die Erhaltungsmaßnahmen, die sich auf den Neu- oder Ausbau von Wegen und die Erstaufforstung von Ackerflächen beziehen, um die Wörter „erhebliche Beeinträchtigungen“ ergänzt.	A
XII.13		Kap. II.2.2	Die Gut Liessow GbR als Jagdausübungsberechtigte wird durch die Maßnahmen 0004_1, 0006_1, 0016_1 ebenfalls bei der Jagdausübung dadurch betroffen, dass von Röhricht Abstand gehalten werden soll, was letztendlich dazu führt, dass sowohl Nachsuchen wie auch Drückjagden aus den zuvor erwähnten Gründen ausgeschlossen werden. Wie auch in vielen anderen Bereichen des Maßnahmenplanes wird ggfls. schärfer zu formulieren sein, da die Entwurfsverfasser des Managementplanes möglicherweise im Rahmen dieser Maßnahme auch nur Sportboote gemeint haben können, Jagdausübungsberechtigte dann auch betroffen sind.	Siehe XII.5	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
XII.14		Kap. II.2.2	In Bezug auf die Maßnahmen 0113_1, 0203_1, 0204_1, 02008_1, 0220_1, 0221_1, 0228_1, 0231_1 aber auch 0312_1 ist festzustellen, dass Jagdausübungsberechtigte, wie auch unsere Mandanten als Eigentümer ohne nähere Begründung an der Pflege und Unterhaltung der in ihrem Eigentum stehenden Wege behindert werden sollen. Selbst der Ausbau eines Weges muss einem Jagdausübungsberechtigten wie auch einem Landwirt in Zukunft möglich sein, da sich insbesondere der Platzbedarf für Erntemaschinen im Verlaufe der vergangenen Jahre immer weiter erhöht hat und auch weiter erhöhen wird.	Siehe XII.7	A
XII.15		Kap. II.2.2	Die Betriebsgemeinschaft Hof Leezen GbR ist in gleicher Weise wie unsere anderen Mandanten betroffen. So wird durch die Maßnahmen 0010_1, 0015_1 wieder das Abstandhalten von Röhrichten und anderen Vegetationsgürteln geordert, was aus vorgenannten Gründen gegen jedwede jagdliche Praxis verstößt. Das gleiche gilt im Rahmen der Maßnahme 0135_1 in Bezug auf das Abstandhalten von der Uferkante, da so ebenfalls eine Bejagung unmöglich gemacht wird. Soweit im Rahmen dieser Maßnahme auch der Ausbau von Wegen untersagt wird, gilt das bereits hinlänglich zu diesen Punkten Ausgeführte. Das gleiche gilt auch zur Maßnahme 0164_1.	Siehe XII.5	A
XII.16		Kap. II.2.2	Der Landwirtschaftsbetrieb PG Leezen ist ebenfalls durch verschiedene Maßnahmen betroffen. Zwar übt die Genossenschaft die Jagd nicht selbst aus, hat die Eigenjagd jedoch verpachtet und wird insoweit mit Pachtminderungsansprüchen zu rechnen haben. Dies gilt insbesondere zu den Maßnahmen 0002_1, 0009_1, 0010_1, 0011_1, 0016_1 und 0016_2 in Bezug auf den	Die Ausführungen zu XII.5 gelten auch hier. Die Erhaltungsmaßnahmen für Brutvögel und Rastvögel sind in getrennten Karten dargestellt. Diese Trennung ist ebenfalls in den Tabellen 21 und 22 erfolgt. Somit ist eine eindeutige Zuordnung der Erhaltungsmaßnahmen zu den jeweiligen Erhaltungszielen ein-	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			bereits diskutierten Schutz störungsarmer Röhrichthabitats, wobei letztendlich an diesen Stellen auch hinterfragt werden muss, ob es bei den Maßnahmen um den Schutz von Brutvogelhabitaten oder von Rastvogelhabitaten geht, da dieser Unterschied aus dem Kartenwerk nicht erkennbar ist.	deutig möglich.	
XII.17		Kap. II.2.2	<p>Sofern wir also bei der PG Leezen einerseits oder auch den weiteren Betroffenen andererseits zu Maßnahmen vorgetragen haben sollten, die nicht dem Schutz der Brutvogelhabitats gelten, sondern der Rastvogelhabitats, ist festzustellen, dass die durchgängig aufgenommene Forderung eine Vergrämung gestrichen werden muss, da sie absolut sachfremd ist.</p> <p>Letztendlich führt diese Maßnahme zu einem enteignungsgleichen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Landwirtschaftsbetrieb, da dem Landwirt ein Wildschadensanspruch auf der Grundlage von § 29 Abs. 1 Satz 1 BJagdG nur dann zusteht, wenn der Schaden durch Schalenwild, Kaninchen oder Fasane verursacht worden ist.</p> <p>Überdies führt das Vergrämnungsverbot auch zu erheblichen Einschränkungen im Rahmen der Bewirtschaftung selbst. So können weder erforderliche Düngemaßnahmen, noch das regelmäßig im Winterhalbjahr erforderliche Steinesammeln durchgeführt werden. Regelmäßig „verstecken“ sich aber Sing- oder Zwergschwäne in einem großen Schoof von Höckerschwänen, das gleiche gilt für Bläss- und Saatgänse im Rahmen von Graugänsen</p>	<p>Die Qualität der landwirtschaftlichen Flächen als Nahrungshabitat der relevanten Rastvogelarten wird gemäß VSGLVO M-V u. a. durch die Störungsarmut definiert. Somit können Vergrämungen dazu führen, dass wichtige Nahrungsflächen rastender Vogelarten beeinträchtigt werden, was sich auf den Fitnesszustand der Population auswirken kann. Nach § 44 BNatSchG sind Vergrämungen (gezielte Störungen) nicht zulässig. Normale Bewirtschaftungsabläufe stellen hingegen keine Vergrämung dar.</p> <p>Zum besseren Verständnis wird die Erhaltungsmaßnahme wie folgt definiert: „keine erhebliche Beeinträchtigung durch gezielte Störungen (Vergrämung) (vgl. § 44 BNatSchG)“.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Für alle betroffenen Jagdausübungsberechtigten muss deshalb auf einer Streichung dieser Maßnahme bestanden werden, zumal sie nicht nur auf dem Gebiet des Vogelschutzgebietes, sondern auch darüber hinaus in der Kohärenzzone durchgesetzt werden soll.		
XII.18		Kap. II.2.2	Die PG Leezen ist natürlich weiterhin auch durch die Maßnahme 0064_1 und 0064_2 betroffen, da hierdurch ebenfalls eine Schwarzwildbekämpfung erheblich behindert wird. Im Hinblick darauf, dass es offensichtlich um den Schutz von Gänsesägerküken geht, die Schwarzwildbejagung aber im Spätherbst stattfindet, ist auch hier lediglich eine zeitliche Befristung angemessen. Das gleiche gilt, soweit im Rahmen der Maßnahme 0131_1 das Abstandhalten von der Uferkante gefordert wird.	Siehe XII.5 und XII.8	A
XII.19		Kap. II.2.2	Soweit auch die PG Leezen im Rahmen der Maßnahmen 0122_1, 0131_1, 0157_1, 0170_1 und 0304_1 daran gehindert wird, vorhandene Wege regelmäßig zu unterhalten, kann auf die diesbezüglichen Ausführungen bei den anderen Jagdausübungsberechtigten Bezug genommen werden.	Siehe XII.7	A
XII.19			Entsprechend dem verbindlichen Fachleitfaden „Managementplanung für Natura 2000-Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ soll die Beteiligung aller Betroffener durch Öffentlichkeitsveranstaltungen und die Einberufung einer begleitenden Arbeitsgruppe aus den in ihren Zuständigkeiten betroffenen Behörden erfolgen. Im Ergebnis muss jedoch festgestellt werden, dass die Thematik „Jagd“ in der Managementplanung kaum Berücksichtigung findet. Hier besteht auf Grund der unterschiedlichen Untersuchungen und Feststellungen der Ursache-Wirkung-Beziehungen zwischen Vo-	Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen.	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>gelschutzbelangen und Einschränkungen der Jagdausübung ein erheblicher Nachholbedarf in fachlicher Hinsicht.</p> <p>Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist ferner maßgeblich von der Zugänglichkeit der veröffentlichten Informationen abhängig. Hierzu bleibt festzustellen, dass geänderte Maßnahmen in der Abschlussveranstaltung am 8. Juli 2015 in der Grundschule Cambs bekannt gegeben wurden und das Protokoll erst in der 30. KW veröffentlicht wurde. Aus Sicht der Betroffenen ist es daher nahezu unmöglich die aus der letzten Informationsveranstaltung gewonnenen Erkenntnisse innerhalb der Stellungnahmefrist bis zum 31.07.2015 hinreichend zu berücksichtigen. Die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung wird hierdurch ad absurdum geführt. Dies ist ein in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbarer Zustand.</p>		
XIII.1	<p>PRO Schwerin e.V. 19.08.2015</p> <p>mitgetragen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - IHK zu Schwerin - Landeskanuverband Mecklenburg-Vorpommern 1990 e.V. - Wirtschaftsvereinigung Schweriner Seenland e.V. - Wallenstein- 		<p>Zunächst vielen Dank für die Vorstellung des Entwurfs des Managementplans am 08.07.2015 sowie die Möglichkeit, Stellung zum Entwurf des Textteils des Managementplans zu nehmen. Wie Sie wissen, beschäftigt sich der Arbeitskreis „Schweriner Seen und Umland“ des PRO-Schwerin e.V. mit wirtschaftlichen, raumordnerischen, verkehrlichen und touristischen Chancen/Potentialen von Vorhaben, die Einfluss auf die Entwicklung Schwerins und des Umlands haben. Daher haben wir uns seit 2012 auch mit möglichen Chancen und ggf. erforderlichen Einschränkungen, die vom Managementplan für Vorhaben und die Nutzung von Wasserflächen/Uferbereiche ausgehen können, beschäftigt und in den thematischen Arbeitsgruppen mitgewirkt.</p>	Die Aussagen werden zur Kenntnis genommen	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
	Wasser-Weg e.V.		Mit diesem Schreiben möchten wir Sie bitten, die im Folgenden aufgeführten Hinweise zu prüfen und den Textteil des Managementplans entsprechend zu ändern. Bei einigen Hinweisen handelt es sich um bereits bekannte Aussagen (vgl. Protokoll zur Abschlussveranstaltung sowie Schreiben der IHK vom 08.07/31.07.2015), die wir allerdings gern etwas begründen/konkretisieren möchten.		
XIII.2		Kap. I.0 S. 10	Bzgl. der Ziele der Managementplanung wäre aus unserer Sicht zu ergänzen, dass konsensorientierte Lösungen nicht ausschließlich mit den betroffenen Landnutzern sondern auch mit den Wasserflächennutzern erreicht werden sollen (Seite 10; vgl. auch unser Schreiben vom 09.05.2014).	Der Hinweis wurde bei der Überarbeitung der natur-schutzfachlichen Grundlagen versehentlich nicht eingearbeitet. Zur Klarstellung wird die allgemeine Formulierung „Nutzer“ verwendet.	A
XIII.3		Kap. I.1.2.2 S. 33	Im Abschnitt I.1.2 wird auf Seite 33 auf das Vorhaben zur Herstellung einer schiffbaren Verbindung zwischen Schweriner See und der Ostsee eingegangen. Das Vorhaben ist Teil des für das nächste Jahrzehnt gültigen <i>Regionalen Raumordnungsprogramms Westmecklenburg</i> (RREP WM, 2011). Auf dieser Grundlage ist zu erwarten, dass zeitnah ein Raumordnungsverfahren zu diesem Vorhaben durchgeführt wird. Das vom im Text angesprochenen Verein geförderte Vorhaben, zielt mit der Anlage von Seen nördlich des Schweriner Sees und östlich des vorhandenen Wallensteingrabens, die schiffbar verbunden werden sollen, auf eine nachhaltige regionale Entwicklung für Siedlung, Tourismus, Sport und Natur. Eine Nutzung des Wallensteingrabens bzw. ein Wasserbedarf für Schleusungen ist nicht geplant. Wir bitten Sie, diese Informationen in den Textteil zu übernehmen.	<p>Die Hinweise beziehen sich auf den Teil I „Natur-schutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes.</p> <p>Gemäß RREP WM, 2011 soll die Option zur Schaffung einer schiffbaren Verbindung für den Wassertourismus zwischen Schweriner See und Ostsee offen gehalten werden (Kap. 3.1.3, S. 34) und die Realisierbarkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen geprüft werden (Kap. 3.1.3, S. 37). Ob zu diesem Vorhaben zeitnah ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird, ist hieraus nicht ableitbar.</p> <p>Die zusätzlichen Informationen zu dem mit dem Vorhaben verfolgten Ziel werden im Textteil übernommen.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
XIII.4		Kap. I.1.2.3 S. 34	Im Abschnitt I.1.2.3 werden auf Seite 34 Angaben zur Häufigkeit von Wassersportveranstaltungen gemacht und es wird auf eine Liste von Veranstaltungen verwiesen (Anhang III.5). Mit Schreiben vom 23.12.2014 hatten wir mitgeteilt, dass wir Beschränkungen hinsichtlich der Anzahl und Art von Regatten/Veranstaltungen auf dem Schweriner See - auch zwischen September und April - grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, da eine Verschlechterung des Zustands der Rasthabitate trotz der vergleichsweise hohen Anzahl von Wassersportveranstaltungen nicht festgestellt wurde. Vor dem Hintergrund, dass in Abschnitt II.2.1.1 und II.2.1.2 keine erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen bzgl. der Anzahl/Art von Wassersportveranstaltungen formuliert wurden und auch keine wünschenswerten Entwicklungsmaßnahmen zu diesem Thema abgestimmt wurden, erscheint eine Auflistung von Wassersportveranstaltungen eines Zufallsjahres, die auch nicht alle bisher durchgeführten Wassersportveranstaltungen abbildet, verzichtbar. Wir bitten Sie daher um eine entsprechende Änderung des Textteils sowie um Löschung des Anhangs III.5. Der Formulierung „keine zusätzlichen Regattabereiche in den Rasthabitaten von Juli bis April“ sowie die von Ihnen dargestellten Regattaflächen, tragen wir mit. In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Dokumentation des Schreibens von 23.12.2014 sowie der zugehörigen E-Mails (u. a. 30.01.2015).	Der Hinweis bezieht sich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes. Die Auflistung der Wassersportveranstaltungen erfolgte exemplarisch für das Jahr 2014, um den ungefähren Umfang der Veranstaltungen darzustellen. Mit einer gewünschten Löschung würden wertvolle Informationen verloren gehen. Stattdessen erfolgt im Text ein ergänzender Hinweis, dass die Anzahl der Veranstaltungen sowie die Regattaformate jährlich etwas abweichen können.	A
XIII.5		Kap. II.1.2	Im Abschnitt II.1.2 wird auf Seite 96 im Zusammenhang mit Laufveranstaltungen darauf hingewiesen, dass auf eine „wiederholte intensive Nutzung der durch Bruthabitate führenden Wege entlang der Seeufer zur	Eine Nutzungseinschränkung vorhandener Erschließungen ist mit dieser Aussage nicht beabsichtigt und nicht verbunden. Sie dient als Empfehlung bei der Planung zusätzlicher Laufveranstaltungen. Zur Vermeidung	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Brutzeit verzichtet“ werden soll. Dies impliziert eine Einschränkung von Nutzungen von vorhandenen Erschließungen, die als verträglich bewertet wurden bzw. schlicht vorhanden sind. Da sich trotz der bisherigen Nutzungen ein schutzwürdiger Zustand eingestellt hat und negative Wirkungen einer ggf. höheren Nutzungsintensität für die angesprochenen Bereiche nicht belegt wurden, bitten wir Sie diese Aussage zu streichen.	dung von Missverständnissen wird die Aussage konkretisiert.	
XIII:6		Kap. II.1.5.2 S. 103	<p>Im Prozess zur Entwicklung des Entwurfs des Managementplans wurde der Zusammenhang zwischen Infrastruktur (land- und wasserseitig) – konkret die Anzahl an Sportbootliegeplätze - und dem Bootsverkehrsaufkommen auf den Schweriner Seen mit den damit ggf. verbundenen Wirkungen mehrfach intensiv diskutiert. Die Gutachter des beauftragten Ingenieurbüros, Vertreter des StALU WM und die am Managementprozess beteiligten Personen waren sich einig, dass keine direkte Abhängigkeit zwischen der Anzahl der landseitigen/ wasserseitigen Sportbootliegeplätze und dem Bootsverkehrsaufkommen besteht. Es wurde vereinbart, dass Aussagen zur Beschränkung von Sportbootliegeplätzen im Plan daher keinen Eingang finden.</p> <p>Für uns ist es daher unverständlich, dass die „Erweiterung der Infrastruktur an den Seen“ im Abschnitt II.1.5.2 auf Seite 105 mit der „Zunahme des Bootsverkehrs“ verknüpft und die aus unserer Sicht erforderliche Erweiterung der Infrastruktur aus diesem Grund als „mögliche Beeinträchtigung der Schutzgüter“ ausgewiesen wird. Um auch zukünftig eine sachgerechte Beurteilung von neuen Infrastrukturvorhaben (z.B. Bau von Sportbootliegeplätzen) zu ermöglichen, sollte die-</p>	<p>Aussagen bezüglich einer Beschränkung der land- und wasserseitigen Sportbootliegeplätze sind im Managementplan nicht enthalten.</p> <p>Im Kap. II.1.5.2 werden ergänzende Hinweise und Kriterien zur einzelfallbezogenen FFH-Verträglichkeitsprüfung gegeben. So kann die Neueinrichtung und Nutzung von Steganlagen ggf. zu einer Veränderung des Bootsverkehrs auf den Schweriner Seen führen (indirekte Auswirkung). Hierbei ist die Erheblichkeit der Beeinträchtigungen jeweils im konkreten Einzelfall zu prüfen. Um jedoch Irritationen vorzubeugen, wird anstatt einer Zunahme des Bootsverkehrs eine Veränderung des Bootsverkehrs genannt.</p> <p>Bei dem Managementplan handelt es sich um einen Naturschutzfachplan. Entwicklungsmöglichkeiten für Planungen Dritter werden nicht dargestellt. Jedoch erleichtert der Managementplan den Vorhabenträgern die Planung indem sowohl die Schutzobjekte als auch die Ziele benannt und räumlich verortet werden.</p> <p>Im Rahmen der thematischen Arbeitsgruppe „Gewässernutzungen“ wurde die Möglichkeit diskutiert, die</p>	

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>ser Punkt auf Seite 105 dringend gestrichen werden.</p> <p>Sollte bei der Anlage neuer Sportbootliegeplätze oder von Anlegestellen/Anlegern (z.B. für Fahrgastschiffe) die Inanspruchnahme von Habitatflächen erfolgen, ist sicher eine Bewertung der Habitatsveränderungen/-verluste erforderlich. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass im Sinne eines konsensorientierten Plans auch die Ausweisung von Zugangsflächen zu Infrastruktureinrichtungen mögl. ist (z.B. Markierung mit Bojen), um die Flächeninanspruchnahme zu verringern. Dieser Sachverhalt wurde auf einer der thematischen Arbeitsgruppensitzungen diskutiert und sollte in den Plan aufgenommen werden.</p>	Habitate röhrichtbrütender Arten durch den Einsatz sog. Mooringbojen zu verbessern. Diese Maßnahme wird als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme ohne direkte Verortung im Managementplan aufgenommen.	
XIII.7		Kap. II.1.5.2 S. 103	<p>Ebenfalls auf Seite 105 wird die „erhöhte landseitige Frequentierung störungs-sensibler Habitate durch weitere touristische Erschließungen“ als „mögliche Beeinträchtigung der Schutzgüter“ definiert. Diese Aussage ist zu allgemein und eröffnet – bei kritischer Betrachtung – die Möglichkeit, geplante touristische Erschließungen und Angebote vor dem Hintergrund einer angenommenen Erhöhung der Frequentierung von vorhandenen Infrastruktureinrichtungen - wie z.B. Uferwegen - zu bewerten, obwohl für die Frequentierung von Uferwegen nach unserem Kenntnisstand keine Ursache-Wirkung-Beziehung hinsichtlich der Schutzziele verlässlich nachweisbar ist. Ggf. müssten auch Vorhaben, die in einiger Entfernung von den Grenzen des EU-Vogelschutzgebietes geplant werden (>500 m), auf Verträglichkeit mit den Schutzziele des Vogelschutzgebietes geprüft werden. Da dieser Punkt genauso wie Punkt 1 und 2 auf eine „Konservierung“ der bisherigen</p>	<p>Im Kap. II.1.5.2 werden ergänzende Hinweise und Kriterien zur einzelfallbezogenen FFH-Verträglichkeitsprüfung gegeben. Die Erheblichkeit der Beeinträchtigungen ist hierbei jeweils im konkreten Einzelfall zu prüfen. Dies gilt auch für Vorhaben außerhalb des Europäischen Vogelschutzgebietes, soweit erhebliche Beeinträchtigungen auf das Gebiet nicht auszuschließen sind. Eine „Konservierung“ der Nutzungen/ Aktivitäten auf das bisherige Maß kann hieraus nicht abgeleitet werden.</p> <p>Anstatt die Formulierungen zu streichen, werden die möglichen bau-, anlage- und betriebsbedingten Beeinträchtigungen verständlicher formuliert.</p>	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			Nutzungen/Aktivitäten zielt, die nicht Zielstellung eines konsensorientierten Prozesses sein kann, und die Definition sowie eine Regelung/ Überwachung einer „verträglichen“ Frequentierung (bzw. Intensität/Nutzung) von z. B. Uferwegen schwierig sein dürfte, bitten wir Sie, auch diese Formulierung zu streichen.		
XIII.8		Kap. II.2.1	In Abschnitt II.2.1 und den zugehörigen Karten werden aus Sicht des StALU WM erforderliche Erhaltungs-/Wiederherstellungsmaßnahmen für Brut- und Rastvogelhabitate genannt bzw. dargestellt. Insgesamt überrascht die Vielzahl der in den Karten ausgewiesenen Erhaltungsmaßnahmen. Es fällt die Ausweisung größerer Flächen im Bereich des Süd-/Südwestufers des Schweriner Innensees auf, auf denen - aus Sicht des StALU WM - Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands erforderlich sind (Schlossbucht bis Mueß inkl. Zippendorfer Strand und inkl. seeseitiger Flächen vor Wassersportvereinen; Karte 3 Maßnahmen). Hier soll die Störungsarmut in sog. „windgeschützten Bereichen“ im Zeitraum zwischen Juli bis März bzw. September bis April erhalten und für den Zeitraum Juli und September sogar verbessert werden. Insbesondere für die Bereiche der Schlossbucht, den Zippendorfer Strand und für seeseitige Flächen vor Wassersportvereinen bzw. Anlegern, stellt sich die Frage, wie denn eine Verbesserung der Störungsarmut erreicht werden soll. Eine Einschränkung des Bootsverkehrs zwischen Juli und September lehnen wir entschieden ab. Eine solche Einschränkung ist aus unserer Sicht für den Erhalt des Zustands auch nicht erforderlich.	<p>Die Vielzahl der Erhaltungsmaßnahmen ergibt sich aus der fachlichen Vorgabe, für jede Habitatteilfläche der relevanten Vogelarten mindestens den gegenwärtigen Erhaltungszustand zu sichern. Dies betrifft auch die Flächen im Süd-/ Südwesten des Schweriner Innensees. Einschränkungen der gegenwärtigen Nutzung sind mit dieser Erhaltungsmaßnahme für die Rastvogelarten (Erhalt der Störungsarmut von September bis April) nicht verbunden. Die Habitate des Haubentauchers (Mauser) konnten im Schweriner Innensee jedoch nur mit ungünstig bewertet werden. Daher wurde als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme die Verbesserung der Störungsarmut im Zeitraum von Juli bis September definiert. Hierzu sind im Kap. II.2.2 mögliche Schwerpunktbereiche für eine wünschenswerte Entlastung von wasserseitigen Störungen aufgeführt und im Anhang III.9 verortet. So ist u. a. im Süden und Südwesten des Schweriner Innensees kein Bereich benannt.</p> <p>Zur Umsetzung dieser wünschenswerten Entwicklungsmaßnahme wird der Abschluss einer freiwilligen Vereinbarung vorgeschlagen. Im Rahmen der Erarbeitung der freiwilligen Vereinbarung kann Einigung über die tatsächlich zu beruhigenden Bereiche erzielt werden.</p>	C

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>Darüber hinaus fällt im Textteil auf, dass im Abschnitt I.3.1 (gebietsbezogene Erhaltungsziele) und Abschnitt I.3.2 (objektbezogene Erhaltungsziele) keine Hinweise auf einen Bedarf an „windgeschützten“ Bereichen für den Haubentaucher genannt werden. Auch in Tab. 18 (funktionsbezogene Erhaltungsziele) ist für den mausernden Haubentaucher kein Hinweis auf „windgeschützte“ Bereiche zu finden. Erst im Abschnitt zu den Maßnahmen werden „windgeschützte“ Bereiche für den Haubentaucher thematisiert und „festgelegt“. Die Definition von „windgeschützten“ Bereichen scheint sich darüber hinaus an unterschiedlichen Kriterien bzgl. der anzunehmenden Hauptwindrichtung sowie der Schutzwirkung von bewaldeten Ufern zu orientieren. So werden beispielsweise sowohl am Westufer, am Südufer und sogar am Nordostufer sog. „windgeschützte Bereiche“ ausgewiesen.</p> <p>Wir bitten Sie um kritische fachliche Überprüfung der ausgewiesenen Bereiche und um Offenlegung der Annahmen für die Ausweisung für windgeschützte Bereiche im Managementplan. Aus unserer Sicht sollte beispielsweise die von Wassersportlern gern und häufig genutzte „Nordöstliche Bucht des Schweriner Innensees (am Pausldamm) – vgl. Seite 116 – nicht als zu schützender „windgeschützter Bereich“ ausgewiesen werden. Sofern die Ausweisung „windgeschützter“ Bereiche nicht zur Zielerreichung beiträgt (vgl. Abschnitt I des vorgelegten Textteils), sollte diese Maßnahme nicht in diesem Flächenumfang Teil des Plans werden, sondern nur auf begrenzten Flächen mit dem Ziel der Verbesserung des Wissenstandes zur Wirkung</p>	<p>Windgeschützte Bereiche sind gemäß der landesweit verbindlichen Vorgaben zur Abgrenzung und Bewertung der Habitate von Vogelarten in den Europäischen Vogelschutzgebieten ein biotopübergreifendes Merkmal zur Abgrenzung der Habitate des mausernden und rastenden Haubentauchers. Die Herleitung zur Abgrenzung der windgeschützten Bereiche und die besondere Bedeutung von Buchten und Inseln wurden eingehend im Rahmen der Konstituierung der thematischen Arbeitsgruppen und Besprechung erster Maßnahmenvorschläge am 15.05.2014 erläutert (vgl. Präsentation 1. Treffen der thematischen Arbeitsgruppen – Präsentation Natur & Text http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=123347). Zum besseren Verständnis werden die wesentlichen Aspekte zur Ermittlung der vergleichsweise windgeschützten Bereiche im Text (Kap. I.2.3.2) erläutert.</p> <p>Die Nordbucht des Schweriner Innensees ist eines der bedeutenden Konzentrationsgebiete für rastende Vogelarten im Europäischen Vogelschutzgebiet „Schweriner Seen“ (Ornithologischer Rundbrief für Mecklenburg-Vorpommern Band 45, Sonderheft 2, 2007). Daher kann auf eine Benennung dieses Bereichs als möglicher Schwerpunktbereich für eine wünschenswerte Verbesserung nicht verzichtet werden.</p>	

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			von „windgeschützten“ Bereichen angewandt werden (Monitoring).		
XIII.9		Kap. II.2.1	<p>Im Abschnitt II. 2 sind Erhaltungsmaßnahmen sowie wünschenswerte Maßnahmen definiert. Einige Maßnahmen sind nach unserer Auffassung bereits wertend und zu absolut formuliert. Da der Managementplan u.a. dazu dient, den Naturschutzbehörden Hinweise zur Beurteilung von möglichen Ausnahmen von Verbots- tatbeständen zur Verfügung zu stellen, sollten ergebnisoffene Formulierungen verwendet werden. Dies betrifft insbesondere folgende Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> o <i>keine Neuanlage oder Ausbau von Wegen</i> => Vorschlag: mit den Zielen des Schutzgebietes verträglicher Neu-/Ausbau von Wegen (Trassenführung, Breite, Gestaltung) o <i>keine Schaffung neuer Liegeplätze</i> (gemeint ist nach Aussage des STALU WM die Schaffung von temporär genutzten Liegestellen im Schilf oder in anderen ufernahen Habitaten) => Vorschlag: Änderung in temporär genutzte Liegestellen und Klarstellung, dass keine fest installierten Sportbootliege-plätze gemeint sind o <i>Belassen umgestürzter Bäume</i> => Vorschlag: Belassen von Wurzeltellern umgestürzter Bäume ohne die Nutzung ggf. vorhandener Wegebeziehungen/ Uferwege einzuschränken o <i>Erhalt der natürlichen Wasserstandsdynamik</i> => Für diese Maßnahme stellt sich für uns die Frage, wie eine „natürliche Wasserstandsdynamik“ von Feucht-/Moorgebieten, die zumindest z.T. vom Wasserspie- 	Die Anregung, ergebnisoffene Formulierungen zu verwenden, wird entsprochen.	A

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>gel des Schweriner Sees beeinflusst werden bzw. abhängig sind, erreicht werden soll. Nach unserem Kenntnisstand ist der Schweriner See heute ein wasserwirtschaftlich reguliertes Gewässer (mit Stauziele etc.) und eine vom Menschen stark beeinflusste Kulturlandschaft mit den entspr. Kulturfolgern (u.a. Zugvögel). Es sollte genauer beschrieben werden, was mit dieser Maßnahme gemeint ist und dargestellt werden, dass der Betrieb der Störwasserstraße/Elde-Müritz Wasserstraße sowie die Wasserentnahme für Verbraucher nicht eingeschränkt werden soll.</p>		
XIII.10		Kap. II.2.2	<p>In einigen Textpassagen wird auf wünschenswerte Untersuchungen zur Schilfentwicklung im Gebiet sowie auf eine <i>Machbarkeitsstudie zur Schilfförderung</i> hingewiesen. Wir möchten anregen, ein zielgerichtetes Monitoring zu Veränderungen von Schilf und Röhrichtbereichen (Ausdehnung/Pflanzenarten etc.) und eine Ursachenanalyse zu den Ursachen der Veränderungen - insbesondere unter Berücksichtigung möglicher Einflüsse von Klimaveränderungen und Veränderungen der Eigenschaften des Wasserkörpers sowie von Sportbooten (Ursache-Wirkung-Beziehung) - sowie eine Ableitung von Konzepten zur Sicherung/Erhöhung der Ausdehnung von Schilf-/Röhricht-bereichen zu veranlassen. Ggf. können aus den Ergebnissen dieser Untersuchungen konkrete Aussagen zur Wirkung von Maßnahmen (Maßnahme-Erfolg-Beziehung) abgeleitet werden.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf die Ausgestaltung der Machbarkeitsstudie und somit auf die Umsetzung der Maßnahme. Die Anregung wird bei der Projektbeschreibung im Rahmen einer möglichen Beantragung von Fördermitteln berücksichtigt.</p>	D

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
XIII.11		Kap. II.2.2	Im Rahmen der thematischen Arbeitsgruppensitzungen hatten wir das Ausbringen von <i>Mooring-Bojen zur Lenkung von Bootsverkehr und Ankerliegern</i> vorschlagen. Da wir davon ausgehen, dass sich mit Mooring-Bojen positive Effekte für die Erreichung der Schutzziele (Lenkung Bootsverkehr und Konzentration von Ankerliegern an festgelegten Orten) sowie positive Effekte für die Wassersportler und Wassertouristen erreichen lassen, würden wir eine Maßnahme zur Einrichtung von Mooring-Bojenfeldern sehr begrüßen. Wir bitten Sie eine entsprechende Maßnahme (Vorschlag: Lenkung von Bootsverkehr und Konzentration von Ankerliegern) im Abschnitt II.2.2 in den Managementplan aufzunehmen. Darüber hinaus würden wir die Möglichkeiten einer Beantragung von Fördermitteln für die Umsetzung einer solchen Maßnahme gern mit Ihnen besprechen.	Die Ausbringung von Mooringbojen wird als wünschenswerte Entwicklungsmaßnahme ohne flächige Zuordnung aufgenommen. Eine Umsetzung dieser wünschenswerten Entwicklungsmaßnahme und die Klärung der Formalitäten zur Beantragung von Fördermitteln sollten möglichst im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer freiwilligen Vereinbarung erfolgen.	A
XIII.12			Abschließend möchten wir uns für die Zusammenarbeit und die wiederholte Information zu den naturschutzfachlichen Hintergründen bedanken. Gern stehen wir für Rückfragen, Hinweise oder ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns über die Wertung und den weiteren Umgang mit den o.g. Punkten zu informieren.	Der Dank wird zur Kenntnis genommen.	D
XIV.1	Interessengemeinschaft Schweriner Seen und Umland 19.08.2015	Kap. I.2.3 und Kap. II.2.2	Unsere Interessengemeinschaft vertritt die Auffassung, dass Habitate sinnvoll geschützt werden sollen und sehen den Managementplan als hilfreiches Mittel hierfür an. Die durch unsere Initiative in der thematischen Arbeitsgruppe unterbreiteten Vorschläge zur Verbesserung der aktuell guten Situation sehen wir als sinnvollen Beitrag. Sie finden sich jedoch in dem vorgelegten Entwurf nicht wieder. Grundlage für unsere Vorschläge	Die Hinweise zur Abgrenzung und Bewertung der Habitate beziehen sich auf den Teil I „Naturschutzfachliche Grundlagen“ des Managementplanes. Erläuterungen zu der Abgrenzung der windgeschützten Bereiche, der besonderen Bedeutung von Buchten und Inseln und der Bewertung der Habitate des Haubentauchers wurden eingehend im Rahmen der Konstituie-	C

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>für Maßnahmen war die aktuelle Nutzungssituation des Sees in 2014. Diese stellt sich nachweislich anders dar als im Grundlagenteil des Entwurfs des Managementplanes dargelegt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Beginn der Mauser der Haubentaucher ist wie uns mitgeteilt wurde auf den 1. Juli festgelegt. Dies kann nicht durch Beobachtungen bestätigt werden. In den letzten 2 Jahren war eine Mauser erst im September zu beobachten. Für die Festlegung von Maßnahmen sollten realistische Termine gewählt werden und keine theoretischen, die sich u.U. nur auf vereinzelte Individuen beziehen. - Die nordöstliche Bucht des Schweriner Innensees (S. 116 Entwurf Managementplan) kann geografisch kein windgeschützter Bereich bei SW Windlagen sein. Wir erwarten eine Streichung als Habitatfläche. <p>Die Bewertung der Habitate (z.B. S. 69 Entwurf Managementplan) aufgrund der Störungen durch den Bootsverkehr ist nicht richtig und beruht auf falschen Daten. Das wesentliche Bootsaufkommen spielt sich grundsätzlich nur in einem Drittel des Sees ab und beschränkt sich auf die „Schönewettertage“. (Siehe unsere Bootsdichtestudie aus 2014). Damit ist eine Regelmäßigkeit der Störung von Habitaten nicht gegeben. Die Methodik der verwendeten Daten der „Salix Studie“ konnte nicht dargelegt werden. In der Studie wurden Zählungen an nur sehr wenigen Tagen vorgenommen und dann auf die gesamte Sommerperiode verallgemeinert. Diese Ergebnisse konnten nicht bestätigt</p>	<p>rung der thematischen Arbeitsgruppen und Besprechung erster Maßnahmenvorschläge am 15.05.2014 erläutert (vgl. Präsentation 1. Treffen der thematischen Arbeitsgruppen – Präsentation Natur & Text http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=123347). Zum besseren Verständnis werden die wesentlichen Aspekte zur Ermittlung der vergleichsweise windgeschützten Bereiche im Text (Kap. I.2.3.2) erläutert.</p> <p>Die nordöstliche Bucht des Schweriner Innensees ist eines der bedeutenden Konzentrationsgebiete für rastende Vogelarten im Europäischen Vogelschutzgebiet „Schweriner Seen“ (Ornithologischer Rundbrief für Mecklenburg-Vorpommern Band 45, Sonderheft 2, 2007).</p> <p>Die von der Interessengemeinschaft Schweriner Seen und Umland präsentierten möglichen Inhalte einer freiwilligen Vereinbarung sind dienen bereits der Umsetzung einer wünschenswerten (vgl. Protokoll über das 5. Treffen der thematischen Arbeitsgruppe „Gewässernutzungen“ am 24.11.2014.</p>	

Lfd. Nr.	Stellungnehmender, Datum	Kapitel, Seite	Einwendung, Hinweis	Sachaufklärung	Ergebnis
			<p>werden. Vielmehr wurde festgestellt, dass das Aufkommen der Boote um mehr als 50% geringer ist. Eine Dokumentation mit Nachweisen wurde übergeben. Lediglich die Verteilung der Boote auf dem See ist annähernd übereinstimmend. Damit ist auch die Störungsintensität nachweislich geringer. Diese Feststellung hat Auswirkungen auf die qualitative Einstufung der Habitate und die entsprechenden Maßnahmen. Insbesondere für die Einstufung der Habitate für den Haubentaucher (Mauser, S. 76 Entwurf Managementplan.). Im Ergebnis dessen ist nach unserer Auffassung eine Vergleichbarkeit mit der Einstufung für den Außensee ist nun auch für den Innensee als realistisch anzusehen. Wobei anzunehmen ist, dass auch die Bootsdichte für den Außensee in der SALIX- Studie zu hoch bewertet worden ist.</p> <p>Die durch uns nachgewiesene geringere Bootsdichte wurde nicht berücksichtigt, damit ist die Bewertung der Habitats Qualität auf dem Innensee falsch. Demzufolge können alle von Ihnen daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen, unterbreiteten Vorschläge und vorgeschlagene Maßnahmen nicht richtig sein.</p>		
XIV.2			Die Ausführungen der Stellungnahme von PRO Schwerin tragen wir mit.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	D

Alfons Terhalle